

Ein Dossier von MISEREOR in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

In den Grenzen von morgen

Für ein neues Verhältnis von Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Umwelt

MISEREOR
IHR HILFSWERK

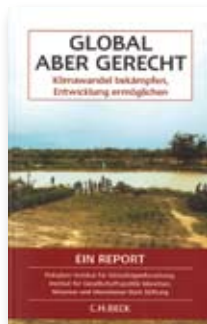


Der Weg nach oben stößt an eine Grenze:
Kaufhaus-Mall in Peking, China.

Foto: Almuth Schauer / Misereor



Dr. Martin Bröckelmann-Simon ist Misereor-Geschäftsführer und Vorstand für den Bereich „Internationale Zusammenarbeit“.



Global aber gerecht – Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen. München 2010

Liebe Leserinnen und Leser,

kennen Sie die Geschichte vom „Kleinen Häwermann“, die Theodor Storm 1849 für seinen Sohn Hans geschrieben hat? Sie handelt von der Frage nach dem rechten Maß: „Junge“, sagte der gute alte Mond, „hast du noch nicht genug?“ – „Nein“, schrie Häwermann, „mehr, mehr!“. Für den kleinen Häwermann geht die Geschichte so aus, dass er am Ende gerettet werden muss, also erst durch Schaden klug wird. Brauchen auch wir den Schaden, um endlich klug zu werden? Eigentlich ist der Schaden doch schon längst da – allerdings (noch) nicht bei uns, sondern bei den fernen Nächsten in Peru oder im Kongo, die unter den Folgen der weltweiten Rohstoffgier zu leiden haben, oder bei den Dürreopfern in Ostafrika und den Überschwemmungsopfern in Bangladesch, die beide die Konsequenzen des ungebremsten Klimawandels zu tragen haben. Wollen wir also – wie der kleine Häwermann – weiter laut „Nein!“ schreien, wenn man uns vor die Frage stellt, ob nicht die Zeit der Mäßigung und Neubesinnung auf das, was unser Leben wirklich lebenswert macht, gekommen ist?

Was bewegt uns: viel haben oder viel sein? Oder – wie eines der Leitbilder der Misereor-BUND-Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ 1996 lautete: Gut leben statt viel haben. Allerdings – für diese schwierige Aufgabe der Selbstbeschränkung aus einer Ethik der Verantwortung fehlen uns noch die Maßstäbe und Vorbilder. Einer Gesellschaft, die sich dem materiellen „Immer mehr“ und „Immer größer“ verschrieben hat, mag der Appell zur Mäßigung wie Hohn klingen. Aber was sind die Alternativen: Verteilungskämpfe? Umweltkatastrophen? Es wird zur zentralen Zukunftsfrage, ob uns gemeinsam mit den Menschen in anderen Ländern und Kontinenten der Umbau einer auf fossiler Energie basierten Weltwirtschaft und der damit zusammenhängenden Konsummuster gelingt. Zu dem dafür nötigen Ringen um Entscheidungen und Handlungsoptionen will das vorliegende Heft einen Beitrag liefern.

- 3 Mehr als nur mehr Güter**
Menschliche Entwicklung ist auch ohne hohes Wirtschaftswachstum möglich
Georg Stoll
- 7 Überholter Mythos**
Die Suche nach grundlegenden Veränderungen, die über die Entwicklungsidee hinausführen, hat in Lateinamerika Hochkonjunktur
Eduardo Gudynas
- 10 Entwicklung durch Wirtschaftswachstum?**
Zwei Positionen: Bruno Wenn, Elmar Altvater
- 12 Stolz auf die eigene Leistungsfähigkeit**
Wirtschaftswachstum wird in Asien als Weg in eine bessere Zukunft gesehen
Kerstin Huber
- 14 Akteure des wirtschaftlichen Wandels**
Die Zivilgesellschaft muss die Weltwirtschaft demokratisieren – aber wie?
Kavaljit Singh
- 16 Wenn es auf der Welt eng wird**
Ein Austausch über die Dringlichkeit und Schwierigkeit, zu einem globalen Gemeinwohl zu finden
Ansgar Holzknacht und Andreas Spinrath
- 20 Gleiche Ressourcennutzung für alle**
Ein ökologisch-soziales Konzept für die globale Klimawende
Felix Ekardt
- 22 Hungerstillendes Wachstum**
Bei der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion müssen andere Wege eingeschlagen werden als bisher
Benjamin Luig
- 24 Gutes Leben und gute Arbeit für alle**
Ein Gespräch mit Bernhard Emunds
- 27 Der neue Kontinent „Postwachstums-gesellschaft“**
Ein Brief von Joachim Spangenberg an die Enquete-Kommission



Buenos Aires, Argentinien:
Vor der Stadt mit ihren Hochhäusern
und der Bahnlinie für den Gütertransport
liegt das Armenviertel 31.

Mehr als nur mehr Güter

Menschliche Entwicklung ist auch ohne hohes Wirtschaftswachstum möglich – oder gerade wenn wir die Wachstumszwänge auflösen

| Georg Stoll

Die Chancen auf ein würdiges Leben gerecht zu verteilen und Entwicklung ohne Umweltzerstörung zu ermöglichen, ist die große Aufgabe unserer Zeit. Und sie ist lösbar. Denn die Gleichsetzung von Wirtschaftswachstum mit menschlicher Entwicklung stimmt nicht. Arme Länder müssen nicht den an stetem Wachstum orientierten Weg der Industrieländer kopieren, um den Menschen

ein Leben ohne Armut zu ermöglichen. Und reiche Länder müssen diesen Weg nicht weitergehen. Sie sollten sich mit Szenarien von rückläufigem Wachstum auseinandersetzen.

Entwicklungspolitik ist kein Sonderbereich der Außenpolitik gegenüber einer Gruppe von Ländern mit besonders niedrigem Pro-Kopf-Einkommen, sondern globale Strukturpolitik, die alle Ressorts umfasst. Mindestens

drei globale Trends haben diesen richtigen, wenngleich weitgehend uneingelösten Ansatz in den vergangenen zehn Jahren zugleich bestätigt und vor neue Herausforderungen gestellt.

Erstens legen die Erfahrungen mit den Millenniums-Entwicklungszielen nahe, dass der Kampf gegen die globale Armut bei allen Teilerfolgen nicht allein mit quantitativen Fortschritten in einzelnen Bereichen (mehr Schulen, mehr Moskitonetze, mehr Reis) zu gewinnen ist. Spätestens die Rückschläge nach der systemischen Finanzkrise haben das deutlich gemacht. Zweitens verwischt der

„Bei nachhaltiger Entwicklung darf Wirtschaftswachstum kein Ziel sein, sondern eine Nebenfolge, die nur begrüßt wird, wenn sie auf Substanzerhaltung und nicht auf Substanzverzehr beruht.“

Gerhard SCHERHORN, Die Politik in der Wachstumsfalle, in: Wirtschaftspolitische Blätter, 57 (2010)

ökonomische und politische Aufstieg von „Schwellenländern“ die alten Grenzziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Und drittens ist mit dem Klimawandel das Problem globaler ökologischer Bedrohungen mit neuer Dringlichkeit in die öffentliche Wahrnehmung gerückt. Die zentrale Herausforderung dieser drei Trends lässt sich als Dilemma formulieren: Entwicklung und Armutsbekämpfung (durch Wirtschaftswachstum) versus globale Umweltzerstörung (durch Wirtschaftswachstum). Wie kann man diesem Dilemma entkommen?

„Das Rätsel von Wirtschaftswachstum und menschlicher Entwicklung“ lautet die Überschrift eines Kapitels im Human Development Report von 2010, den das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen seit

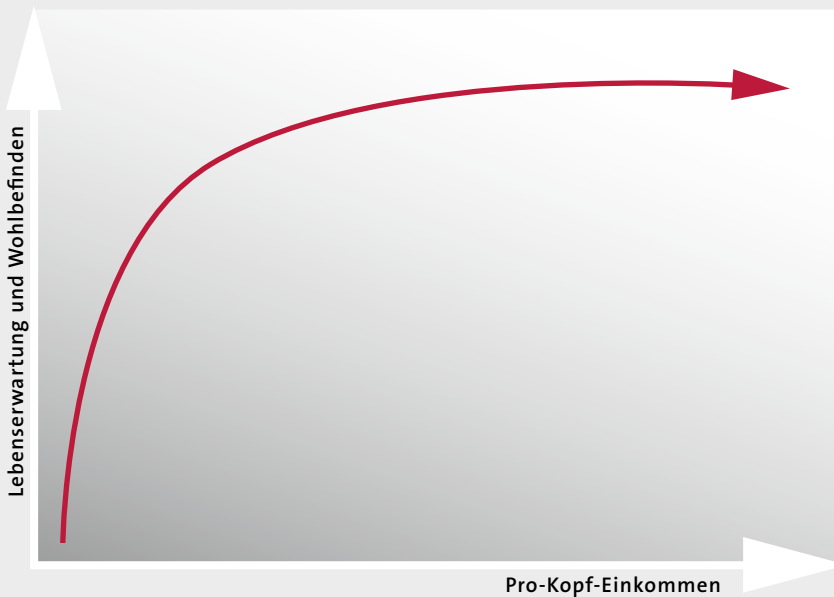
nunmehr 20 Jahren vorlegt. Das Rätsel besteht darin, dass auf einer Datenbasis von 135 Ländern über 40 Jahre hinweg statistisch kein Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum (gemessen als Anstieg des Bruttoinlandsprodukts) und zentralen Entwicklungsindikatoren wie Lebenserwartung oder Bildung erkennbar ist – während andererseits eine klare Beziehung zwischen der Höhe des Pro-Kopf-Einkommens und diesen Indikatoren besteht. Ein hohes Pro-Kopf-Einkommen in einem Land geht also in der Regel einher mit höherer Lebenserwartung und besserer Bildung. Aber eine Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens führt nicht automatisch zu einer Verbesserung von Lebenserwartung und Bildung.

Die Autorengruppe des Weltentwicklungsberichts erklärt sich das so: Während die hohen Standards der inzwischen reichen Nationen in der Vergangenheit nur mit enormem finanziellen Aufwand erreichbar waren, sind heute große Fortschritte für arme Länder auch ohne starkes Wirtschaftswachstum

Foto: Georg Stoll / Misereor



Zusammenhang von Pro-Kopf-Einkommen und Wohlbefinden



Quelle: Georg Stoll
Der Kurvenverlauf ist typisiert und beruht auf Daten von UNDP und Wilkinson-Picket 2010.

möglich. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass diese Länder auf Technologien und Kenntnisse zurückgreifen können, die bei geringem Aufwand hohe Wirkungen erzielen (zum Beispiel im Bereich der Hygiene oder bei der Behandlung von Durchfallerkrankungen). Umgekehrt sind in den reicheren Ländern weitere Steigerungen nur noch mit ungleich höherem Mitteleinsatz zu erzielen.

| Pro-Kopf-Einkommen und Zufriedenheit

Wenn diese Beobachtung und ihre Deutung stimmen, enthalten sie gleich zwei gute Botschaften: Auch wenn arme Länder einen hohen Nachholbedarf an wirtschaftlicher Entwicklung haben, müssen sie nicht den Weg dauerhaft hohen Wirtschaftswachstums der früh-industrialisierten Länder kopieren, um den Menschen ein Leben ohne Armut zu ermöglichen. Und reiche Länder könnten sich auf ihrem hohen Lebensstandard angstfrei mit Szenarien von rückläufigem Wirtschaftswachstum oder gar Schrumpfung auseinandersetzen, wenn die Gleichung Wirtschaftswachstum = menschliche Entwicklung nicht stimmt. Das sollte umso leichter fallen, als diese Gleichung auch durch andere Beobachtungen zunehmend in Frage gestellt wird. So haben Forschungen ergeben, dass Zufrieden-



Ein Stand beim Weltsozialforum 2011 in Dakar wirbt für die Verwendung lokaler Rohstoffe. „Lasst uns lokales Getreide essen“ steht auf den T-Shirts.

heit und Lebensqualität nur bis zu einer bestimmten Schwelle mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen einhergehen. In Deutschland beispielsweise ist diese Schwelle seit den siebziger Jahren überschritten: Die Ausstattung mit materiellen, in Geld messbaren Waren und Dienstleistungen hat im Durchschnitt weiter zugenommen, die Zufriedenheit aber nicht. Mit zunehmender ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung sinkt sie sogar. Eine solche ungleiche Verteilung aber ist eine häufige Begleiterin von Wirtschaftswachstum.

Das gilt auch für die Umweltzerstörung. Lässt sich das Dilemma von Entwicklung und Umweltzerstörung dadurch auflösen, dass der Zusammenhang zwischen Entwicklung und Wirtschaftswachstum einerseits und zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung andererseits aufgehoben oder zumindest ausreichend reduziert wird? „Entkoppelung“ ist hier das Zauberwort. In Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Wachstum und Umwelt hieße das, der Ressourcenverschwendung und Umweltbelastung dadurch zu begegnen, dass die Effizienz

(siehe Kasten) bei der Nutzung natürlicher Ressourcen gesteigert wird und gleichzeitig nicht-erneuerbare weitgehend durch regenerative Ressourcen ersetzt werden. Der Gedanke ist insofern verführerisch, als er nahe legt, dass wir eigentlich auf unserem gewohnten Weg weitergehen können. Die Probleme werden mit Hilfe von Technologie gelöst, die entsprechend entwickelt und verkauft wird. Es wäre eine der in der Politik so beliebten „win-win“-Situationen: Industrieländer wie Deutschland verkaufen „grüne“ Technologie, die allen dabei hilft, sauber zu wachsen.

In der Praxis zeigen sich allerdings Probleme. Die Ausweitung der Produktion erneuerbarer Ressourcen ist nicht harmlos, wie etwa die Flächenkonkurrenz beim Anbau von Energiepflanzen und Nahrungsmitteln zeigt. Und Effizienzsteigerungen führen nicht automatisch zu der dringend erforderlichen absoluten Reduzierung von Schadstoffen wie CO₂, sondern werden in erster Linie zur weiteren Steigerung des Konsums genutzt. „Mehr km. Dank weniger kg.“ Mit diesem Slogan bewirbt ein deutscher Automobilbauer derzeit die Verwendung des leichten Werkstoffs Karbon beim Bau seiner Fahrzeuge. Mit einer Tankfüllung weiter fahren zu können, ist das Ziel – und nicht, für dieselbe Strecke weniger CO₂ auszustoßen. Deshalb pochen inzwischen zahlreiche Kritiker neben Effizienz und erneuerbaren Ressourcen auch auf „Suffizienz“, auf absolute Begrenzungen statt nur relativer Verbesserungen beim Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß (siehe Kasten). Dahinter steht die einfache Erkenntnis, dass die schnell näher rückenden absoluten Grenzen der Belastungsfähigkeit unseres Planeten auch unverrückbare Grenzen unseres Verbrauchs darstellen.

| Ermutigende und entmutigende Signale

Diese Grenzen einzuhalten und zugleich im Rahmen globaler Entwicklung und Armutsbekämpfung die Chancen auf ein würdiges Leben gerechter zu verteilen, ist vielleicht die entscheidende politische, ökonomische und gesellschaftliche Aufgabe der Gegenwart. Ob

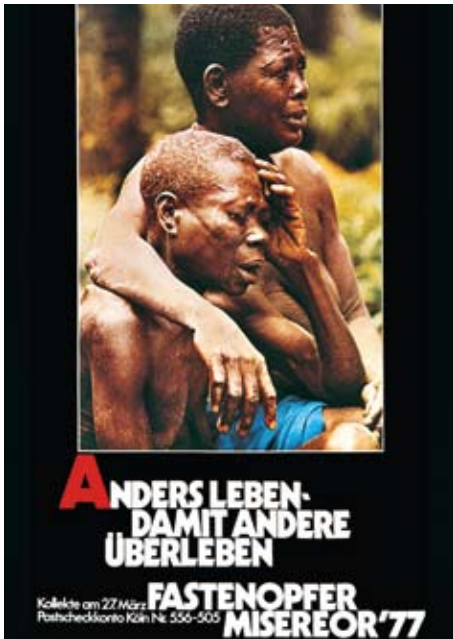
Effizienz, Konsistenz, Suffizienz

Die drei Begriffe verweisen auf unterschiedliche Strategien, um das Überschreiten globaler ökologischer Belastungsgrenzen zu verhindern. Mit Effizienzsteigerungen beim Einsatz natürlicher Ressourcen soll das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch und der Umweltbelastung „abgekoppelt“ werden, so dass ökologische Grenzen mit weiterem Wachstum vereinbar sind. Der Konsistenz- oder Substitutionsansatz verfolgt dasselbe Ziel der Entkoppelung dadurch, dass nicht-erneuerbare Ressourcen insbesondere bei der Energiegewinnung durch erneuerbare Ressourcen ersetzt werden sollen. Suffizienz schließlich zielt nicht nur auf eine qualitative Veränderung, sondern auf eine quantitative Begrenzung von Wirtschaftswachstum durch Beschränkung von Produktion und Konsum.

Dahinter steht die Beobachtung, dass Effizienzgewinne meist nicht zur Reduzierung des absoluten Verbrauchs führen, sondern zur Konsumsteigerung genutzt werden (Rebound-Effekt): Elektrogeräte beispielsweise werden sparsamer, dafür steigt aber ihre Zahl im Haushalt. Die drei Strategien schließen sich nicht aus. Allerdings lehnen Befürworter von Effizienz und Konsistenz in der Regel Selbstbeschränkungen beim Wirtschaftswachstum ab. | |

und wie wir sie bewältigen werden, ist offen. Es gibt ermutigende ebenso wie entmutigende Signale. So scheint in der Politik vom deutschen „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ bis zu den indischen Verheißungen eines „inklusive Wachstums“ die Stellung von Wirtschaftswachstum als sakrosankter Grundlage der nationalen Wohlfahrt nach wie vor unangefochten zu sein. In Enquetekommissionen und öffentlichen Debatten wird zwar zunehmend über Transformation und Paradigmenwechsel geredet. Die Entscheidungen

Foto: Misereor



Die Chancen auf ein würdiges Leben gerechter verteilen – schon lange setzt sich Misereor dafür ein: Aktionsplakat von 1977.

jedoch fallen im Zweifelsfall für weiteres Wachstum. Auch in der Privatwirtschaft und beim Verbraucherverhalten sieht es kaum anders aus. Etiketten wie „nachhaltig“ und „Bio“ haben den Sprung aus der Nische geschafft, doch ihre gesamtwirtschaftliche Be-

deutung bleibt weit hinter dem zurück, was erforderlich wäre, um zum Beispiel den Pro-Kopf-Verbrauch an Rohstoffen, Energie und Deponiekapazität für Reststoffe in Deutschland auf global verträgliche Maße herunterzuschrauben. Solange das aber nicht geschieht, sehen Schwellenländer wenig Veranlassung, ihren schnell ansteigenden Anteil an den globalen Umweltproblemen zu begrenzen.

Der Widerspruch zwischen kollektiven Einsichten und Bekenntnissen zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung einerseits und den gegenläufigen Entscheidungen andererseits ist augenfällig. Zwänge (oder Zwangsvorstellungen?) und Gewohnheiten spielen hier eine wichtige Rolle: Politiker und Politikerinnen schieben angesichts hoher Staatsschulden und der Sorgen um Beschäftigung und soziale Sicherung Nachhaltigkeitsbedenken ebenso beiseite wie Unternehmer und Unternehmerinnen aufgrund des Drucks von Wettbewerb und hohen Renditeerwartungen der Finanzmärkte.

Wie können Wachstumswänge aufgelöst werden? Wie können Unternehmen und Verbraucher zu nachhaltiger Produktion und Konsum motiviert werden? Wie lassen sich die nötigen regional angepassten Politiken entwickeln und in einen tragfähigen globalen Konsens integrieren? Welche Rolle kann die Zivilgesellschaft dabei spielen? Solche Fragen liegen im Zentrum einer Entwicklungspolitik, die sich als globale Strukturpolitik versteht. Ihre Behandlung und Beantwortung erfordert mehr denn je eine breite Beteiligung. Die Beiträge in diesem Heft sollen zum weiteren Nachdenken, Nachfragen und Handeln anregen. ||



Georg Stoll ist Referent für Entwicklungspolitik und Koordinator der Misereor-Arbeitsgruppe „Wirtschaftswachstum und Entwicklung“.

Internationale Meilensteine auf dem Weg zu einer nachhaltigen Weltwirtschaft

Club of Rome: Der 1968 als Privatinitiative gegründete Club of Rome beauftragte eine wissenschaftlich fundierte Prognose zu fünf globalen Trends (Industrialisierung, Bevölkerungswachstum, Unterernährung, Rohstoffreserven, Zerstörung von Lebensraum). Die Studie erschien 1972 unter dem Titel „The Limits to Growth“ und fasste als Kernthese zusammen, dass bei unveränderten Trends die absoluten Wachstumsgrenzen der Erde innerhalb der nächsten 100 Jahre erreicht würden.

Nord-Süd-Kommission: Die 1977 auf Anregung des Weltbank-Präsidenten McNamara gegründete Kommission stand unter dem Vorsitz von Altbundeskanzler Willy Brandt und hatte den Auftrag,

die aktuellen Herausforderungen der globalen Entwicklung zu untersuchen. 1980 übergab die Kommission ihren Bericht „Das Überleben sichern“, der insbesondere Fragen der Weltwirtschaft thematisierte, an den Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Brundtland-Kommission: Die „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ (so der offizielle Titel) wurde 1983 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit dem Ziel einberufen, langfristige Umweltbelange zu analysieren sowie die Möglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, angemessen darauf zu reagieren. Die Kommission, die nach ihrer Leiterin, der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, benannt wurde, veröffentlichte 1987 ihren Abschlussbericht „Our Common Future“.

UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung: Die auch als „Erdgipfel“ bezeichnete Konferenz im Juni 1992 in Rio de Janeiro erbrachte als Ergebnis unter anderem die Rio-Deklaration, die Agenda 21 und die völkerrechtlich verbindlichen Biodiversitäts- und Klimawandelkonventionen. Letztere wiederum führte zum Kyoto-Protokoll mit seinen Vorgaben zum Klimaschutz. Die Themen wurden zehn Jahre später im UN-Weltgipfel in Johannesburg aufgegriffen. Aktuell laufen die Vorbereitungen zu „Rio + 20“, einer Nachfolgekonferenz der Vereinten Nationen 2012, die wieder in Rio de Janeiro stattfinden wird. Im Zentrum stehen dabei die Frage nach einer „Green Economy“ und die bessere institutionelle Verankerung von Nachhaltigkeit auf internationaler Ebene. ||

Überholter Mythos

Die Suche nach grundlegenden Veränderungen, die über die Entwicklungsidee hinausführen, hat in Lateinamerika Hochkonjunktur

| Eduardo Gudynas

Das Wachstum stößt an soziale und ökologische Grenzen. Die Vorstellung von Entwicklung als Ausdehnung ohne Ende erweist sich als unmöglich. Deshalb ist es eine drängende Aufgabe, zu anderen Entwicklungsstrategien überzugehen. Das erfordert einen radikalen ethischen Wandel hin zu einer Vielfalt von Wertmaßstäben, die sich nicht auf den Gebrauch oder den Austausch von Gütern beschränken.

Ein ums andere Mal wird die Behauptung wiederholt, das Wirtschaftswachstum sei der Motor der gegenwärtigen Entwicklung. Diese Vorstellung setzt voraus, dass die Nationalökonomie und insbesondere die Weltwirtschaft in einem ununterbrochenen Prozess ewiger Ausdehnung immer weiter wachsen können. Gegen die Einfachheit dieser Behauptung steht die Gewissheit, dass dieses angeblich ständige Wachstum an Grenzen stößt. Da sind zum einen die so genannten sozialen Grenzen, wie etwa die Spannungen, die das Leben in den städtischen Agglomerationen prägen, oder die Schichtenbildung der Bevölkerung nach ihren Einkommen oder die daraus folgende räumliche und wirtschaftliche Ausgrenzung, bei der die Armen sich in einigen Stadtvierteln drängen, während die Reichen sich in anderen verschanzen.

Zum anderen begegnen uns die bekannten ökologischen Wachstumsgrenzen. Die Vorkommen an nichterneuerbaren Ressourcen wie Öl und Mineralen sind endlich, und wir erleben bereits die Erschöpfung einiger von ihnen. Die Naturräume ihrerseits werden degradiert; sie schrumpfen von Jahr zu Jahr; das geht mit Artensterben einher. Die Verschmutzung übersteigt die Schwellen des Regenerationsvermögens der Ökosysteme. Auf diese Weise (und weitere ließen sich aufzählen) ist eine globale Dauerkrise in Gang gesetzt worden, deren bekanntestes Symptom der globale Klimawandel ist.



Foto: Susanne Fries / Misereor

| Kulturelle Verankerung von Entwicklung

Obwohl es inzwischen seit fast 50 Jahren Warnungen vor den Grenzen des Wachstums gibt, hält sich diese Idee eines grenzenlosen Wachstums hartnäckig und reproduziert sich ständig neu. Der Traum vom Wachstum ist in den Industrieländern ebenso wie in den Nationen des so genannten „globalen Südens“ tief in die kulturellen Grundraster eingedrungen. Materieller Besitz ist zum Synonym für Lebensqualität geworden, und dementsprechend strebt man nach einem eigenen Auto oder elektrischen Geräten, die das Leben komfortabler machen. Sich dieser Gegenstände zu entledigen, wird in den reichen Ländern als herber Verlust an Lebensqualität wahrgenommen. Im „globalen Süden“ wiederum haben inzwischen viele Menschen Zugang zu dieser Art von Konsum, auch wenn noch weit mehr hoffen, an derlei Gütern teilzuhaben.

Während die Wirtschafts- und Finanzkrise die europäischen Länder und die Vereinigten Staaten weiter in Mitleidenschaft zieht, erleben Länder wie Indien, China oder Brasilien eine nie gekannte Ausweitung des Konsums. Sie fordert große Mengen an Rohstoffen, die aus unterschiedlichen natürlichen Ressourcen



Foto: Susanne Fries / Misereor

In La Oroya in den peruanischen Anden sind die Grenzen des Wachstums augenfällig. Das Bergbauzentrum (Foto unten) ist einer der am stärksten verschmutzten Orte der Welt und immer wieder kommt es zu sozialen Protesten.

gewonnen werden. Auch wenn Lateinamerika als Beispiel für Wirtschaftswachstum dargestellt wird, so bleibt der Kontinent in jeder Hinsicht doch in der Rolle eines Rohstofflieferanten gefangen.

Ökologischer Fußabdruck

Im Jahr 2003 wurde das Global Footprint Network mit Sitz in Oakland (USA) gegründet. Das Netzwerk arbeitet Daten zur Nutzung natürlicher Ressourcen durch den Menschen auf. Als wichtiges Instrument veröffentlicht es den sogenannten ökologischen Fußabdruck (ecological footprint): den in Hektar gerechneten Pro-Kopf-Bedarf an Land und Wasser, der benötigt wird, um den Verbrauch an erneuerbaren Ressourcen sowie an CO₂-Speicherkapazität in einem gegebenen Land zu decken.

In Deutschland übersteigt dieser Bedarf die zur Verfügung stehenden Ressourcen (Biokapazität) seit Beginn der Messungen in den 1960er Jahren um das Eineinhalb- bis Dreifache. Weltweit verbraucht die Weltbevölkerung derzeit das Eineinhalbfache der vorhandenen globalen Biokapazität, das heißt die Erde benötigt eineinhalb Jahre, um die von uns verbrauchten regenerierbaren Ressourcen wiederherzustellen und das von uns ausgestoßene CO₂ zu absorbieren. Wir leben über unsere Verhältnisse, so als hätten wir eineinhalb Planeten Erde – mit schnell ansteigender Tendenz.

Weitere Informationen:
www.footprintnetwork.org

Lediglich die Akteure und Produkte haben sich geändert. Während die lateinamerikanischen Länder in der Vergangenheit ihre natürlichen Ressourcen in die Kolonialmetropolen exportierten, tun sie es jetzt in Richtung China. Im vergangenen Jahrhundert erhielten sie im Austausch dafür Industriegüter aus Deutschland, Großbritannien oder den USA; jetzt werden sie von chinesischen, koreanischen und indischen Produkten überflutet. Der ökonomische Erfolg Lateinamerikas hängt heute am Wachstumsniveau in Südostasien, und der gegenwärtige wirtschaftliche Wohlstand reitet auf der Welle der hohen Preise für Rohstoffe, seien es Mineralien, Erdöl oder Lebensmittel.

| Gravierende Umweltschäden

Das aktuelle Tempo der Aneignung natürlicher Ressourcen ist eindeutig nicht mit dem Ziel der Nachhaltigkeit vereinbar. Der letzte vom Centro Latino Americano de Ecología Social erarbeitete Bericht über den Zustand der Umwelt in Südamerika zeigt, dass die Bilanz der vergangenen Jahre klar negativ ausfällt. Naturräume gehen in einem Rhythmus verlo-

ren, der viel schneller ist als die Erfolge, die mithilfe von Umweltkontrollen erzielt werden. In einigen Ländern scheint die Lage besonders gravierend, wobei Brasilien noch einmal hervorsticht – einigen Untersuchungen zufolge zeigt das Land das höchste Niveau an Umweltzerstörung weltweit.

In dieselbe Richtung weist der so genannte ökologische Fußabdruck von Lateinamerika, der seit 1961 um 133 Prozent gewachsen ist. Der ökologische Fußabdruck ist ein Flächenmaß für die Aneignung natürlicher Ressourcen. Der gegenwärtige Mittelwert für die Region liegt bei 2,6 Hektar pro Person. Auch wenn dieses Niveau immer noch weit unter den entsprechenden Werten für die Industrieländer liegt (die USA beispielsweise haben einen Fußabdruck von 7,9 globalen Hektar), ist die Tendenz klar ansteigend. Ein erheblicher Teil dieses Anstiegs ist dabei dem Export von Biokapazität (siehe Kasten) aus dem Süden geschuldet, der erforderlich ist, um die großen ökologischen Fußabdrücke im Norden zu erhalten.

Jedweder Lösungsversuch für diese Problematik muss sich vor Augen halten, dass es keinen einheitlichen Weg für alle gibt. Für die industrialisierten Länder ist es erforderlich, dass sie ihr Konsumniveau an Rohstoffen und Energie herunterfahren, dass sie die Umweltbeeinträchtigungen in ihren eigenen Ländern verringern, dass sie ihren Anteil am globalen Klimawandel reduzieren, aber auch, dass sie aufhören, natürliche Ressourcen aus den Ländern des Südens zu importieren. Die aufstrebenden Schwellenländer ihrerseits, und hier insbesondere die Länder Südostasiens, müssen dringend nationale Entwicklungspolitiken umsetzen, die an ihren eigenen ökologischen Kapazitäten Maß nehmen. Das ist nötig, um mit der schädlichen Dynamik zu brechen, mit der natürliche Ressourcen aus anderen Gegenden des Südens importiert werden, um den gesamten Planeten mit Fertigprodukten zu beliefern. Regionen wie Lateinamerika schließlich müssen mit ihrer untergeordneten Rolle Schluss machen, in der sie einerseits Rohstoffe liefern, die von anderen genutzt werden, und andererseits Konsumgüter ein-



Foto: Bettina Flitner / Misereor

kaufen, die ebenfalls von anderen hergestellt werden.

Dieser Weg verkompliziert sich noch dadurch, dass die Beseitigung der Armut in den Ländern des Südens nicht mehr als Zugang zum Konsummodell etwa eines Franzosen oder Italiens verstanden werden kann. Unsere Erde würde solchen Belastungen nicht standhalten. Aus diesem Grund müssen die Nationen des Südens eine andere Art von Entwicklungsstrategie entwerfen, in der Lebensqualität und Armutsbeseitigung durch einen Konsum sichergestellt werden, der bescheidener ist, effizienter und nutzbringender. Die Kehrseite all dieser Überlegungen bleibt aber die notwendige und unausweichliche Reduzierung des Konsums in den Ländern des Nordens sowie unter den Eliten im Süden.

Die Sache ist also komplex: Die einen werden sich einschränken müssen, während andere ihre Probleme von Armut und Lebensqualität in den Griff bekommen müssen. Dabei kann der Weg der einen nicht den anderen aufzwingen werden. Dieser Vorbehalt muss insbesondere in Europa bedacht werden, wo Überlegungen eines so genannten „Degrowth“ oder einer „Decroissance“, einer systematischen Schrumpfung also, vernehmbar werden.

Zuckerrohrplantage in Brasilien:
Hier hat die Natur keinen Eigenwert, sondern sie ist Produktionsfaktor – zum Beispiel für die Herstellung von Ethanol-Treibstoff.



Solche Ideen sind notwendig für Gesellschaften im Überfluss, mit einem hohen Verbrauch an Rohstoffen und Energie, wie es in Europa und Nordamerika der Fall ist. Sie können jedoch nicht einfach auf andere Regionen, zum Beispiel Lateinamerika, übertragen werden.

Es stimmt zwar, dass auch im „globalen Süden“ Nischen des Überflusses mit übertriebenem Konsum existieren, die begrenzt werden müssen. Zugleich ist aber hervorzuheben, dass viele Sektoren werden wachsen müssen, und zwar auch wirtschaftlich. Das gilt beispielsweise für die Ausstattung der Gesundheitssysteme und den Anteil der Menschen, die von ihnen erfasst werden, für die Bildungseinrichtungen und die sozialen Absicherung. Der Weg für Lateinamerika liegt deshalb darin, sich von dem Mythos zu lösen, der Wachstum mit Entwicklung gleichsetzt, und stattdessen sich auf Lebensqualität und den Schutz der Umwelt als unmittelbare Ziele zu konzentrieren.

| Nach der Entwicklung

Solche Debatten machen deutlich, dass die konventionelle Vorstellung von Entwicklung nicht mehr nützlich ist. Diese Einsicht hat in Lateinamerika Hochkonjunktur. Man ist auf

der Suche nach grundlegenden Veränderungen, die über die Entwicklungsidee hinausführen. Diese Bemühungen begnügen sich nicht mit instrumentellen Modifikationen. Die Herausforderung ist nicht auf einen Austausch von Technologie oder Anstrengungen in der Regierungsführung beschränkt. Sie reicht tiefer. Es genügt nicht, über Alternativen der Entwicklung zu diskutieren. Das Ziel liegt vielmehr darin, eine Alternative zur Vorstellung von Entwicklung selbst zu befördern.

Einige der Veränderungen, die in Richtung dieses Zieles führen, können hier erwähnt werden. So geht es darum, die wirtschaftliche Engführung aufzugeben, durch die der ökonomische Wert zum entscheidenden Kriterium für Entscheidungen geworden ist. In dieselbe Richtung weist die Vorstellung, dass die Ausweitung der Kategorie der Ware auf die Bereiche von Umwelt und Sozialem zurückgenommen werden muss, um nicht im klassischen Utilitarismus gefangen zu bleiben.

Aus solchen und ähnlichen Vorschlägen ergibt sich das Postulat eines radikalen ethischen Wandels hin zu einer Vielfalt von Wertmaßstäben, die sich nicht auf den Gebrauch oder den Austausch von Gütern beschränken. Ihre stärkste Ausweitung findet diese Vielfalt in der Anerkennung eines Eigenwertes der Umwelt. Die Anerkennung der Natur als Subjekt, wie sie beispielsweise in der neuen Verfassung von Ecuador niedergelegt ist, ist ein Schritt, der in seiner Neuartigkeit von weitreichender Bedeutung ist.

Alternativen zum Entwicklungsmodell entfalten sich in einem interkulturellen Umfeld, denn es ist nicht mehr möglich, die kulturelle Vielfalt zu negieren. Die Zeit der Unterordnung anderer Stimmen ist vorbei. Die Aufgabe heute besteht darin, diese Stimmen aufzugreifen und einen Dialog mit anderem Wissen zu ermöglichen.

Debatten dieses Typs finden besonders um die Idee des „Guten Lebens“ („Buen Vivir“) als einem vielschichtigen Ansatz statt, der über die westliche Vorstellung von Entwicklung und Wachstum hinausgeht und ebenso an der Integrität der Natur wie an der Lebensqualität der Menschen interessiert ist. Das ist das Feld,

Buen Vivir

Bolivien und Ecuador, zwei Länder im südamerikanischen Andenraum mit großen indigenen Bevölkerungsanteilen, haben in den vergangenen Jahren Verfassungsgeschichte geschrieben. Im bewussten Rückgriff auf ihre präkolonialen Traditionen haben sie den Begriff des „Buen Vivir“, des „Gut leben“ als zentrales Leitkonzept in ihren Verfassungen verankert. Der Begriff wurzelt im Weltbild der Quechua und Aymara und ist als gezielte Distanzierung vom westlichen Menschen- und Naturverständnis gedacht.

Zentrale Elemente dieses Konzepts, das keine abgeschlossene Theorie, sondern eher eine kulturelle Leitidee darstellt, die gegenwärtig neu diskutiert und ausbuchstabiert wird, sind die soziale Bestimmung des Menschen, die Harmonie mit der Natur und die Vielfalt der Kulturen. „Buen Vivir“ (oder „Sumak Kawsay“ auf Quechua) unterscheidet sich wesentlich vom Wohlstandsverständnis der westlichen Moderne, indem es die Gemeinschaft und nicht das Individuum, das Gleichgewicht und nicht die Dynamik des ständigen Fortschritts in den Mittelpunkt stellt. Den Menschen sieht es eher als Teil und nicht als Gegenüber der Natur, die in konsequenter Fortführung dieses Gedankens in den Verfassungen von Ecuador und Bolivien als eigenes Rechtssubjekt anerkannt wird.

Eine kurze Einführung mit Literaturhinweisen ist im Mai 2011 als Band 17 der Schriften zur Ökologie der Heinrich Böll Stiftung erschienen: www.boell.de/downloads/Endf_Buen_Vivir.pdf | |

auf dem neuartige Beiträge sehr verschiedenen Ursprungs für die unausweichliche Suche nach Alternativen entstehen. Ohne diese Alternativen wird es keine Zukunft geben. | |

Übersetzung aus dem Spanischen von **Georg Stoll**.



Eduardo Gudynas
ist Geschäftsführer des Centro Latino Americano de Ecología Social (CLAES) in Montevideo (Uruguay).
www.ambiental.net

Entwicklung durch Wirtschaftswachstum?

Zwei Positionen

Die beiden folgenden Texte befassen sich mit der Frage, ob Wirtschaftswachstum zu Entwicklung führt. Ist Wirtschaftswachstum grundsätzlich Voraussetzung für Entwicklung, muss aber in Hinblick auf seine ökologisch gefährlichen Seiten gezähmt werden, etwa mittels einer Reduzierung des Ressourcenverbrauchs im Norden? Oder schafft es mehr soziale und ökologische Probleme als es löst? Diese Themen werden in der aktuellen Debatte um Wirtschaftswachstum und Entwicklung kontrovers diskutiert.



Foto: privat

Bruno Wenn, Sprecher der Geschäftsführung der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG:

Die globalen ökologischen Grenzen des Wirtschaftswachstums werfen zu Recht die Frage auf, wie die Armut nachhaltig reduziert werden kann, ohne dass die verfügbaren endlichen Ressourcen ausgebeutet werden und das ökologische Gleichgewicht zerstört wird. Die Antwort kann aber nicht Wachstumsverzicht für die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen sein, denn ein Verzicht auf Entwicklungschancen ist für die Menschen in diesen Ländern keine realistische Option. Die Industrieländer sind gefordert, mit einer deutlichen Reduzierung ihres sehr hohen Ressourcenverbrauchs Wachstums- und Entwicklungschancen für sie zu schaffen.

Ohne breitenwirksames Wirtschaftswachstum wird die Lösung der Armutsproblematik nicht gelingen.

Gerade diese Länder besitzen die Möglichkeit, ihre natürlichen Ressourcen vor allem in der Landwirtschaft für ihre Entwicklung zu nutzen. Dazu bedarf es umfassender Reformen, die sicherstellen, dass ihr Ressourcenreichtum für eine breitenwirksame Entwicklung und Armutsreduzierung eingesetzt wird. Die Herausforderung der heutigen Zeit liegt darin, Wirtschaftswachstum ökologisch und sozialverträglich zu gestalten. Paul Collier hat sich in seinem gerade erschienen Buch „Der hungrige Planet. Wie können wir Wohlstand mehr, ohne die Erde auszuplündern?“ intensiv mit dieser Thematik befasst.

Armutsreduzierung, Wirtschaftswachstum und ökonomische/soziale Entwicklung sind untrennbar miteinander verbunden. Ohne nachhaltiges und breitenwirksames Wirtschaftswachstum wird die Lösung der Armutsproblematik nicht gelingen. Einer der besten Wege, der Armut zu entfliehen, besteht darin, Arbeit und Einkommen zu schaffen. Angesichts der

hohen Arbeitslosigkeit insbesondere bei der sehr jungen und wachsenden Bevölkerung in diesen Ländern ist es von großer Bedeutung, dauerhafte Beschäftigung zu schaffen. Unternehmerische Initiative gerade in kleinen und mittleren Unternehmen ist ein wesentlicher Motor der Entwicklung. Ich bin davon überzeugt, dass nachhaltiger unternehmerischer Erfolg nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von ökologischen und sozialen Faktoren bestimmt wird. Wirtschaftswachstum ökologisch zu gestalten, bedeutet auch, die lokalen und globalen Belastungsgrenzen im Blick zu haben. Die DEG engagiert sich daher stark in Projekten und Programmen im Bereich umweltfreundlicher Technologien, Energieeffizienz und erneuerbarer Energien und fördert eine ressourcenextensive und CO₂-arme Entwicklung. | |



Foto: privat

Elmar Altvater, Prof. i. R. für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin:

Gesellschaftlicher Fortschritt erscheint umso beeindruckender, je höher die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts ausfällt. Das ist das Ergebnis einer historischen Entwicklung, in der sich der Markt nicht nur gegenüber der Gesellschaft verselbständigt hat, sondern ihr als „Sachzwang“ entgegentritt, als Wachstumszwang. Ohne Wachstum – so jedenfalls die tausendstimmige Botschaft in wissenschaftlichen Publikationen, Medien und Politikerreden – keine gesellschaftliche Stabilität und vor allem kein wirtschaftlicher Wohlstand.

Ein zentrales Argument der Wachstumsbefürworter in diesem Zusammenhang ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Doch der Blick in die Geschichte des kapitalistischen Systems zeigt: Wirtschaftliches Wachstum hat noch nie eine dauerhafte Steigerung der Beschäftigung hervorgebracht. Das ist kein Zufall. Seit Adam Smith gilt, dass die „Wohlfahrt der Nationen“ steigt, wenn immer weniger Menschen immer mehr Produkte produzieren und in immer kürzeren Zeitabständen immer günstiger auf den Markt werfen können. Das Ziel der Unternehmen in diesem System besteht darin, bezahlte Arbeit einzusparen, um so die Konkurrenzfähigkeit und mithin die Rendite zu verbessern. Denn Produktivi-

tätssteigerungen sind nur möglich, wenn lebendige Arbeit freigesetzt und durch fossile Energie ersetzt wird. Unternehmen wären allenfalls bereit, den Beschäftigungsabbau durch Neueinstellungen zu kompensieren, wenn die Arbeitskosten ausreichend sinken. Genau das geschieht: Wenn das Beschäftigungsvolumen durch Wachstum angeregt wird, dann vor allem weil prekäre, „atypische“ und die informelle Beschäftigung zunehmen. Auf den Arbeitsmärkten Afrikas, Lateinamerikas und Südostasiens sind mindestens neun Zehntel der durch Wachstum kreierten neuen Jobs informell. In Deutschland sind 2010, so das Statistische Bundesamt, 57 Prozent der neu geschaffenen Arbeitsplätze „atypisch“, vor allem Leiharbeiterstellen.

Unter kapitalistischen Bedingungen nehmen ökonomisches Wachstum und gesellschaftliche Entwicklung die Form der Akkumulation von Kapital an. Die Kapitalakkumulation verlangt eine positive Profitrate. Dabei orientieren sich die Renditeerwartungen zunehmend an den Vorgaben der globalen Finanzmärkte, wo mit Finanzinnovationen die Renditen des Kapitals in die Sterne spekuliert werden – bis zum Crash.

Wachstum muss finanziert werden. Der Wachstumsprozess verlangt also die Entwicklung eines leistungsfähigen Kreditsystems. Da dies in Entwicklungsländern auf Schwierigkeiten stößt, bleibt nur die Integration in das globale Finanzsystem mit seinen „global players“, die oft mächtiger als selbst mittlere Nationalstaaten sind. Die Kreditgeber stammen daher zumeist aus den „nördlichen“, die Kreditnehmer aus den „südlichen“ Ländern. So entstehen unweigerlich einseitige Schuldbeziehungen. Wirtschaftswachstum aber hilft nicht, wie naiverweise immer wieder propagiert wird, um „aus den Schulden herauszuwachsen“, sondern verschärft diese

Auf den Arbeitsmärkten Afrikas, Lateinamerikas und Südostasiens sind mindestens neun Zehntel der durch Wachstum kreierten neuen Jobs informell.

zu Schuldenkrisen, wie wir sie immer wieder beobachten. Die Idee, Überschüsse aus dem Wachstum für den Abbau von Schulden zu nutzen, rechnet nicht mit verselbstständigten und liberalisierten Finanzmärkten. Diese stimulieren Finanzinnovationen, die allesamt darauf ausgelegt sind, die Rendite zu steigern und zwar über die realen Wachstumsraten hinaus. Wenn aber die Überschüsse nicht angehoben werden können, weil die reale ökonomische Leistungsfähigkeit und die Grenzen der Natur dies gar nicht zulassen, bleibt nur die Streichung von Schulden. Von daher erschließt sich der Sinn von Insolvenzregelungen oder anderer Formen des Schuldenerlasses.

Hinzu kommt die ökologische Seite: Bei „beschleunigtem“ Wachstum werden die begrenzten Ökosysteme des Planeten Erde übernutzt – im schlimmsten vorstellbaren Fall bis zum Kollaps der Natur. Denn Wachstum ist nur möglich, wenn mineralische und agrarische, endliche und erneuerbare Ressourcen aus der Natur entnommen werden, um sie in nützliche Produkte zu transformieren. Dass die Menschen einen Teil dieser Güter zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse haben wollen, ist eher Nebeneffekt als Hauptsache. Doch keineswegs nebensächlich sind die Ab-



Foto: Manfred Werdermann / pixelio.de

China hat sich entwickelt, doch wohin? Einstige Ikonen des Kommunismus zieren heute Taschen, die an Touristen verkauft werden. So auch in diesem Geschäft am Rande der Altstadt von Shanghai.

fälle und andere Schadstoffemissionen, die in den Sphären der Erde abgelagert werden. Wir stehen also vor einem „Wachstumsdilemma“: Ohne Wachstum sind soziale Stabilität und ökonomischer Wohlstand gefährdet. Ein wachsendes ökonomisches System aber ist zerstörerisch für die Natur.

Wachstum ist nicht die Lösung für die meisten sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme, sondern ein integraler Teil von ihnen. Wie sollte es auch anders sein, wenn Wachstum unter kapitalistischen Bedingungen nichts anderes als Kapitalakkumulation sein kann? Man kann versuchen, mit Wachstum Armut zu bekämpfen und Entwicklung zu fördern – man wird dies nicht schaffen können. Es geht kein Weg daran vorbei: die Tendenzen der Kapitalakkumulation müssen reguliert und kontrolliert werden. Man muss bereit sein, in den Wachstumsprozess politisch einzugreifen und sich mit den Kapitalinteressen anzulegen. | |

Stolz auf die eigene Leistungsfähigkeit

Wirtschaftswachstum wird in Asien als Weg in eine bessere Zukunft gesehen

| Kerstin Huber

Eine auf stetiges Wachstum ausgerichtete Wirtschaftsform besteht nicht vor den Kriterien globaler Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Umso bedenklicher ist, dass sich das Streben nach Wachstum und Konsum auch jenseits der entwickelten Industrienationen erfolgreich zum wirtschaftlichen Ideal etabliert hat. Zahlreiche asiatische Länder sehen in ihren aktuellen wirtschaftlichen Erfolgen eine Chance, international an Bedeutung zu gewinnen. Viele ihrer Bewohner allerdings wollen vor allem eines: ihre bescheidene wirtschaftliche Existenz sichern.

Die alten Industriestaaten stellen verwundert fest, dass Schwellenländer ihnen wirtschaftlich und damit wahrscheinlich auch weltpolitisch den Rang ablaufen könnten. Unvermutet und erstmalig stehen die westlichen Industrienationen vor der Herausforderung, teilen zu müssen. Als langjährige Nutznießer des global dominanten Wirtschaftssystems und als erklärte Verfechter von Freiheit und Gerechtigkeit sind sie nicht in der Position, Kritik am Wunsch der Entwicklungsländer zu üben, die jetzt ihrerseits Ressourcen verbrauchen und Wohlstand erreichen wollen. Doch Konflikte um knapper werdende Rohstoffe und als Folge von Umweltkatastrophen werden immer wahrscheinlicher. Aufgeschreckt durch diese möglichen Gefahren reift weltweit bei vielen die Erkenntnis, dass eine neue Form des Wirtschaftens notwendig ist, die rücksichtsvoller mit Mensch und Natur umgeht. Erfolgreich kann eine solche Umwälzung nur sein, wenn sie freiwillig getragen und von der Mehrheit der Weltbevölkerung unterstützt wird.

Für einen derartigen Konsens braucht es einen gleichberechtigten Dialog. Er beginnt mit dem Hinhören auf die Stimmen der anderen. Einen kleinen Versuch in dieser Richtung hat Misereor in den vergangenen Monaten unternommen. Öffentliche Stellungnahmen

aus Politik, Medien und Wissenschaft in Afrika, Asien und Lateinamerika wurden gesichtet und zivilgesellschaftliche Organisationen direkt zu ihrer Einschätzung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung befragt. Im Folgenden sollen einige Ergebnisse dieser Untersuchung aus Indien, Vietnam, China und Indonesien skizziert werden.

Der zentrale und kaum überraschende Befund lautet, dass Wirtschaftswachstum in Asien genauso als wichtigster Motor für Entwicklung gesehen wird wie in den meisten anderen Gesellschaften der Welt. Äußerungen wie die folgende aus der Zeitung „The Jakarta Globe“ sind in dieser Hinsicht typisch: „Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage für ein gesundes politisches Umfeld und für nationalen Fortschritt. Durch ein robustes Wirtschaftswachstum können mehr Menschen in Indonesien einen höheren Lebensstandard erreichen.“

| Enthusiastischer Blick auf das eigene Wirtschaftswachstum

Dabei ist der Blick auf das eigene Wirtschaftswachstum meist emotional, manchmal sogar enthusiastisch. Er ist geprägt vom Stolz auf die eigene Leistungsfähigkeit und die damit verbundene Unabhängigkeit und internationale Anerkennung. Die Regierungen in Indonesien, China, Vietnam und Indien wollen die gewaltige Herausforderung, Millionen von Menschen aus der nackten Armut zu befreien, meistern, ohne sich dabei wieder in Abhängigkeiten vom Ausland zu begeben. Vijayan MJ, der Koordinator des Delhi Forum, einer Plattform für NGOs, die sich für Minderheiten und soziale Belange einsetzen, spannt den Bogen in die Vergangenheit: „Durch die koloniale Geschichte sind in Indien Wirtschaftsdebatten eng mit der Frage verbunden, wie man gerade diese Vergangenheit hinter sich lassen und den Westen einholen kann.“

Internationale Kritik an mangelhaftem Menschenrechts- und Umweltschutz wird vor diesem Hintergrund meist zurückgewiesen, denn „ein armes Land aufzufordern, sein Wirtschaftswachstum zu verlangsamen ist unmoralisch –



Foto: Dieter Schütz / pixelnode



Foto: Achim Pohl / Misereor

es verdammt die Armen zu fortdauernder Armut“, schreibt die „Times of India“. Für Gesellschaften, in denen die Grundlagen eines menschenwürdigen Lebens fehlen, klingen Forderungen nach Verzicht wie ein schlechter Witz. Viele Vorschläge der deutschen Wachstumsdebatte über ein radikal entschleunigtes Wirtschaftswachstum, reduzierten Ressourcenverbrauch und Konsumverzicht stehen denn auch in scharfem Gegensatz zur Strategie der asiatischen Regierungen.



Oben: Mit Hochgeschwindigkeit zu immer mehr Wirtschaftswachstum? Ein Schnellzug hält im chinesischen Bahnhof Luoyang.

Links: Auf dem Weg zu Wohlstand für alle? Warentransport in Phnom Penh, Kambodscha.

Allerdings geraten auch in Asien jene Regierungen immer mehr unter Druck, die ihre Legitimation allein aus dem Versprechen ableiten, mittels Wirtschaftswachstum allgemeinen Wohlstand erzeugen zu können. Selbst im autoritären und pragmatischen China sind viele Menschen nicht mehr willens, persönliche Einschränkungen durch lokale Umweltschäden oder das System der Korruption hinzunehmen, weil die verheißenen Besserungen nur wenige Nasen vergolden. Mit zunehmendem Wirtschaftswachstum wächst auch die soziale Ungleichheit. Freude über neue Rekordwerte des BIP will daher nicht überall aufkommen.

| Gesünderes Wachstum – ein leeres Versprechen?

Hinzu kommt, dass die ländliche Bevölkerung, die in Asien die Mehrzahl der Menschen ausmacht, schon jetzt mit den Folgen des Klimawandels kämpfen muss. Die Gefahrenquellen für soziale Unruhen sind somit in vielen asiatischen Ländern zahlreich, und auch Inflation und Spekulationsblasen zwingen die Regierungen zum Einlenken. So lässt sich der chinesische Premierminister Wen Jiabao im „Shanghai Daily“ mit der Einschätzung zitieren, die aktuelle Entwicklung in China sei „unausgeglichen, unkoordiniert und nicht nachhaltig“. Die Regierung verspricht deshalb, in den nächsten fünf Jahren auf ein gesünderes und nachhaltigeres Wachstum zu setzen und – besonders wichtig – mit Zugewinnen im BIP die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern, um damit den Binnenkonsum zu stärken.

Doch nicht jeder glaubt solchen Beteuerungen. In Indonesien etwa macht der ehemalige Umweltminister Sonny Kerf aus seiner Skepsis kein Geheimnis: „Ehrlich gesagt ist das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung bloße Rhetorik. Für unsere Regierung hat hohes Wirtschaftswachstum oberste Priorität, egal welche Auswirkungen dies für die Umwelt mit sich bringt.“ Ausreichende gesellschaftliche Rückkopplung und Vertrauen in die guten Absichten der Politik erweisen sich auch in Asien als ebenso notwendige wie knappe Ressource bei der Frage, ob die Transformation zu einer nachhaltigeren Wirtschafts- und Lebensweise gelingen kann.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in den Ländern Indonesien, China, Vietnam und Indien breite Einigkeit darüber besteht, wirtschaftliches Wachstum als Weg in eine bessere Zukunft zu sehen. Erheblicher gesellschaftlicher Dissens wird allerdings sichtbar, wenn es um die Art und Weise des Wachstums und der angestrebten Ziele geht. Während wirtschaftliche und politische Eliten nach Anerkennung und Macht greifen, träumen die meisten Asiaten schlicht von regelmäßigen Mahlzeiten, Arbeit, angemessener Unterkunft, Gesundheitsvorsorge und Bildung für ihre Kinder. Herry Priyono vom Phi-

losophy Institute in Jakarta spricht deshalb von „Überlebenswirtschaft“ im Unterschied zur „Akkumulationswirtschaft“ und meint damit die Vielzahl der kleinen wirtschaftlichen Aktivitäten und Strategien, die darauf abzielen, das tägliche Überleben zu sichern. Not macht erfinderisch, weswegen es in Asien mehr praktische Überlegungen und Ansätze zu alternativen Wirtschaftsmodellen gibt, als in der westlichen Welt wahrgenommen werden.

Auch in Asien finden Diskurse über Wirtschaftswachstum, Nachhaltigkeit und Umweltschutz statt. Im Vergleich zur westlichen Debatte stehen sie aber unter ganz anderen Prämissen und haben eine andere Dringlichkeit. Uns treffen die „Grenzen des Wachstums“ im gemachten Nest des Überflusses. In den Schwellen- und Entwicklungsländern Asiens jedoch ist die Frage über angemessenes Wirtschaften für die große Mehrheit immer noch in erster Linie eine Überlebensfrage. Doch die globalen ökologischen Bedrohungen machen auch für die reichen Industriegesellschaften im Norden die Wirtschaftsfrage zunehmend zur Überlebensfrage. Wozu diese Gesellschaften aus freien Stücken bisher nicht willens waren, lehrt sie in den nächsten Jahren vielleicht ebenfalls die Not: die Fähigkeit zu teilen. Allerdings nicht nur in Hinblick auf die verfügbaren Ressourcen. Um deren nachhaltige und gerechte Verteilung in Friede und Freiheit gestalten zu können, muss auch Macht geteilt werden. Denn anders als durch einen freien und gleichberechtigten Dialog ist der breite Konsens der Staatengemeinschaft nicht zu erreichen, der unerlässlich ist, um bessere Modelle des Wirtschaftens und der Lebensführung zu entwickeln und umzusetzen. | |



Kerstin Huber

ist Absolventin der Politikwissenschaften, Soziologie und Volkswirtschaftslehre an der Universität Augsburg. Sie hat für Misereor Recherchen durchgeführt.

Akteure des wirtschaftlichen Wandels

Die Zivilgesellschaft muss die Weltwirtschaft demokratisieren – aber wie?

| Kavaljit Singh

Die globale Finanzkrise hat gezeigt, dass politische Entscheidungen, die auf schnelles und ungleiches Wirtschaftswachstum zielen, erhebliche soziale, wirtschaftliche, ökologische und politische Kosten mit sich bringen. Stellt die Zivilgesellschaft eine Antwort auf die Probleme dar, von denen die Weltwirtschaft heimgesucht wird? Wie kann sie zu deren Wandel beitragen?

Die Regeln und Regulierungen, von denen die Ökonomie – von der lokalen bis zur globalen Ebene – bestimmt wird, lassen eine wirkliche demokratische Beteiligung und Rechenschaftspflicht vermissen. Und in den zurückliegenden Jahrzehnten haben die zunehmenden grenzüberschreitenden Verbindungen in den Bereichen von Kommunikation, Handel, Finanzen und Investitionen die Regulierung

der Weltwirtschaft noch komplizierter gemacht. Die komplexen Bestimmungen, die den Handel, die Finanzwirtschaft, die Investitionen und die Kommunikation regeln, stammen von den unterschiedlichsten Urhebern: von Institutionen unterhalb der staatlichen Ebene über Staatsorgane und internationale Einrichtungen bis zu privat organisierten Institutionen. Demokratische Glaubwürdigkeit und Legitimierung der heutigen Weltwirtschaft sind dabei Fehlanzeige.

In vielerlei Hinsicht hängen die Probleme der Wirtschaft mit undemokratischen Institutionen zusammen, mit ungleichen Machtverhältnissen und mit tief eingegrabenen sozialen Hierarchien. Die Aufgabe, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung voranzubringen, wird dadurch weiter erschwert. Kann

Die Zivilgesellschaft kann für Veränderungen in Ökonomie und Gesellschaft eintreten: Demonstration in den Philippinen im Januar 2011 für den Schutz nicht-erneuerbarer mineralischer Rohstoffe.

die Zivilgesellschaft grundlegende Reformen der Ordnung der Weltwirtschaft bewirken und die Debatte über ein alternatives Entwicklungsverständnis vorantreiben? Ist sie zu einer solchen Mammutaufgabe überhaupt in der Lage?

Zunächst muss festgehalten werden, dass zivilgesellschaftliche Aktivitäten von einer großen Bandbreite unterschiedlicher Gruppen durchgeführt werden: Vereine, Stiftungen, religiöse Gruppen, nichtstaatliche Organisationen, Gewerkschaften, soziale Bewegungen usw. Gemeinsame Positionen zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen zu entscheidenden politischen Problemstellungen fehlen deshalb häufig. Außerdem können zivilgesellschaftliche Gruppierungen allein keine grundsätzlichen Veränderungen in Steuerung und Verwaltung der Weltwirtschaft herbeiführen. Hier stehen eher Regierungen, Parlamente und politische Parteien im Zentrum. Dennoch: Auch zivilgesellschaftliche Gruppen können und sollten wichtige Beiträge leisten. Dafür gibt es zahlreiche Möglichkeiten.

Foto: Elmar Noé / Misereor



| Bewusstseinsbildung

Zivilgesellschaftliche Gruppen können in großem Umfang Bewusstseinsbildung betreiben. Es ist weitgehend anerkannt, dass die meisten Menschen in unseren Gesellschaften nur gering oder gar nicht über die politischen Optionen, Prozesse und Einrichtungen informiert sind, die ihr wirtschaftliches Leben bestimmen. Eine demokratische Gesellschaft hängt aber ab von informierten Bürgerinnen und Bürgern. Zivilgesellschaftliche Gruppen können die Öffentlichkeit über zentrale politische Fragen aufklären und fortbilden.

Zivilgesellschaftliche Gruppen können auch eine öffentliche Debatte zu politischen Alternativen anregen, indem sie unterschiedliche Perspektiven zur Geltung bringen. Sie sind in besonderem Maße in der Lage, Aspekte einzubringen, die üblicherweise von Wissenschaft und Medien ausgeblendet oder nicht hinreichend wahrgenommen werden. Aufgrund ihrer Verwurzelung in unterschiedlichen Bereichen der Bevölkerung, insbesondere auch unter den sozial Schwachen und Gefährdeten, können zivilgesellschaftliche Gruppen außerdem eine breitere öffentliche Beteiligung an politischen Debatten herstellen. Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass die Stimmen der an den Rand gedrängten Bevölkerungsgruppen bei der Formulierung und Umsetzung von Wirtschaftspolitik nicht überhört werden. Das ist für den langfristigen Erfolg und die Legitimität von Politik von enormer Bedeutung.

| Der Blick über den Tellerrand der Wirtschaftspolitik

Des Weiteren können Gruppen der Zivilgesellschaft die vorherrschende Orthodoxie in der Wirtschaftspolitik herausfordern. Gerade in der Gegenwart gewinnt diese Aufgabe an Bedeutung, da die intellektuellen Grundlagen des dominierenden ökonomischen Denkens infolge der globalen Finanzkrise in Misskredit geraten sind. Das Dogma des Marktfundamentalismus hat seine Attraktivität und seine Legitimation eingebüßt. Da aber auch kein anderer Ansatz Vollkommenheit für sich beanspruchen kann, sollten zivilgesellschaftliche

„Die Menschheit hat die Fähigkeit, Entwicklung nachhaltig zu gestalten und sicherzustellen, dass sie die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, einzuschränken.“

„Our Common Future“, Bericht der BRUNDTLAND-KOMMISSION 1987, Nr. 27

Gruppen verschiedene politische Herangehensweisen für wirtschaftliche Entwicklung verfolgen. Dabei sollten sie nach Innovationen Ausschau halten, die auf gemeinsamem Lernen, Erfahrungen und Einsatz beruhen. Das ist besser, als neue Standardrezepte zu bewerben. Sie können den Blick über den Tellerrand fördern und unkonventionelle Ideen formulieren. Für die intellektuelle Arbeit können sie Unterstützung bei Wissenschaftlern, Think-Tanks und Intellektuellen suchen.

Ein weiteres Gebiet für die Zivilgesellschaft ist die Verbesserung von Regierungsführung, indem Transparenz und Rechenschaft von Institutionen und Autoritäten eingefordert werden. In Ländern wie Indien und Schweden beispielsweise nutzen Organisationen die bestehenden Informationsrechte als Instrument in diese Richtung. Wo solche Rechte auf Zugang zu Information noch nicht existieren, können zivilgesellschaftliche Gruppen öffentliche Kampagnen in Gang setzen, um Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, öffentliche Autoritäten zu überwachen. Sie können auch politische Parteien und Parlamente beeinflussen, um sicherzustellen, dass politische Reformen eingeleitet und umgesetzt werden. Das setzt ein Verständnis der politischen Kultur und Prozesse im jeweiligen Land voraus.

| Zivilgesellschaftliche Medienarbeit

Schließlich muss auch die Rolle der Medien bei der Verbreitung von Ideen und Ansichten betrachtet werden. Häufig schenken die großen Medien (elektronische ebenso wie Printmedien) zivilgesellschaftlichen Organisationen keine angemessene Aufmerksamkeit. Deshalb sollten diese selbst eine Medienstrategie entwickeln, um möglichst große Bereiche der Gesellschaft zu erreichen. Das beinhaltet die Entwicklung und Unterstützung alternativer Medien (zum Beispiel Websites und Newsletter), aber auch das Herantreten an die gängigen Medien (mittels Pressemeldungen, Pressekonferenzen oder Leserbriefen).

Diese Liste wird natürlich von Land zu Land variieren, je nach den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten. Zivilgesellschaftliche Gruppen agieren nicht in einem Vakuum; sie benötigen vielmehr die Unterstützung von Menschen und Gemeinschaften. In etlichen Gesellschaften mag das politische Umfeld für solche Aktivitäten nicht günstig sein, wenn beispielsweise das herrschende Regime sie als oppositionelle Parteinahme ansieht. Art und Umfang zivilgesellschaftlicher Initiativen hängen zu großen Teilen von den politischen Freiräumen ab, die den Bürgerinnen und Bürgern für gesellschaftliche und politische Teilnahme zur Verfügung stehen. Ein weiteres Problem besteht darin, dass in vielen armen Ländern zivilgesellschaftliche Gruppen es sich finanziell gar nicht leisten können, ihre mageren Einkünfte in Recherche, Dokumentation und Medienarbeit zu investieren.

Gleichzeitig stehen zivilgesellschaftliche Gruppen auch vor großen inneren Herausforderungen, denen sie sich selbstkritisch stellen sollten. So ist beispielsweise finanzielle Unabhängigkeit von herausragender Bedeutung, um den Vereinnahmungsversuchen von Politik und Privatsektor widerstehen zu können. Außerdem ist es eine wichtige Voraussetzung für Akteure der Zivilgesellschaft, dass sie ihrerseits demokratische Funktionsweisen und Rechenschaftspflicht internalisiert haben. Zivilgesellschaftliche Gruppen sollten die Vielfalt des Denkens unterstützen und allen Interessierten Gelegenheiten zur Beteiligung bieten, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Klasse, Alter oder Nationalität. Durch entsprechende interne Reformen gewinnen Gruppen das öffentliche Vertrauen und die Legitimität, die sie für ihre wichtige Arbeit benötigen. | |

Übersetzung aus dem Englischen von **Georg Stoll**.



Kavaljit Singh

arbeitet bei Madhyam (New Delhi, Indien), einer unabhängigen Einrichtung für Analyse und Bewusstseinsbildung in den Bereichen Wirtschaft und Entwicklung.

Wenn es auf der Welt eng wird

Ein Austausch über die Dringlichkeit und Schwierigkeit, zu einem globalen Gemeinwohl zu finden

„Unser Lebensstil ist nicht global universalisierbar. Die Kehrseite des Wohlstands, den er uns bringt, sind der Ausschluss eines Großteils der Menschheit und die Bedrohung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen. Das wissen wir. Dennoch ändert sich nichts, ändern wir nichts. Wo liegen die inneren und äußeren Zwänge, die uns daran hindern? Schaffen wir es nur nicht, das als richtig Erkannte umzusetzen, oder stimmen auch unsere Leitbilder nicht? Müssen wir unsere Kultur befragen, unsere Selbstverständlichkeiten, unser Selbst- und Weltverständnis?“

Mit diesen Fragen hat sich Misereor an zwei Zeitgenossen gewendet: Ansgar Holz knecht (69) und Andreas Spinrath (24). Daraus hat sich ein Gespräch ergeben.

Ansgar Holz knecht: Ich kann diese Art Fragen fast schon nicht mehr hören: Unser Lebensstil, die Kehrseiten des Wachstums – das ist alles seit langem bekannt. Ja, warum ändert sich nichts? Weil das die ewigen Fragen von lauter klugen Gutmenschen sind. Die Menschheit aber ist ein ziemlich bunter Haufen. Jede und jeder möchte im Grunde, dass ihr oder ihm das Leben oder wenig-

tens etwas davon gelingt. Und dreinreden lässt sich so gerne niemand. So sehe ich den Ausgangspunkt.

Wenn nun aber ziemlich sicher feststeht, dass es mit den Klima, mit den fruchtbaren Böden, dem Trinkwasser, mit der Biodiversität usw. auf der Welt eng wird, wenn es gefährlich wird, dann müssen Experten ran. Sie müssen und können einen „Transformationsprozess“ beschreiben, wie alles in eine neue Form gebracht werden kann, bei der es weniger eng wird. Vor kurzem hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) sein neues Hauptgutachten „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation“ veröffentlicht. Ich finde, dass man das erst einmal zur Kenntnis nehmen und dafür sorgen muss, dass die Politik das auch diskutiert. Sie hat es sich schließlich bestellt. Dann wird sich etwas bewegen. Und attac und andere Organisationen werden nachhelfen, sich zu bewegen. Dann kann man natürlich auch über Kultur und Leitbilder diskutieren, wenn die Politik global aufbricht und verbindliche und sanktionsfähige internationale Standards festgeschrieben werden. Das ist mein eher



Foto: privat

Ansgar Holz knecht (69) ist Theologe, war in Niedersachsen im Kultusministerium und dann im Umweltministerium tätig und hat für die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gearbeitet.

„wissensbasierter“ Zugang zur globalen Problematik. Für „compassion“ ist dann allemal noch viel Platz, der Klimawandel und was durch ihn alles durcheinander gerät, wird viele Tränen kosten.

Andreas Spinrath: Ich finde die Formulierung „unser Lebensstil“ auch nicht besonders hilfreich, um in eine solche Diskussion zu starten. Was ist denn unser Lebensstil überhaupt? Schon du und ich leben völlig anders, haben andere Interessen und auch andere Ansichten. Vielleicht ist es vielmehr der Wohlstand und damit verbunden auch das Nachdenken über die Zukunft, die den „Stil“ des Westens derzeit charakterisieren. Bei meinen Reisen durch Asien und

In Shanghai, der größten Stadt Chinas, leben 17 Millionen Menschen; der Hafen war 2010 mit 29 Millionen Containern der umschlagstärkste der Welt.



Foto: Altmuth Schaubert / Misereor

Foto: privat



Andreas Spinrath (24) studiert in Köln Geschichte, Englisch und Amerikanistik; er arbeitet freiberuflich als Reporter beim Radiosender WDR-1Live und hat von August 2010 bis März 2011 als Weltreisender in einem Blog von seinen Erfahrungen berichtet.

Afrika habe ich vor allem eines festgestellt: Unser Wohlstand erklärt sich in Zeiten der Globalisierung nicht zuletzt mit der Armut der anderen. Wenn man in den Slums von Nairobi die kleinen Grill-Restaurants sieht, in denen Hühnerköpfe – europäischer Fleischabfall – verkauft werden, weil die billiger sind als kenianische Hühnchen, kommt man ins Grübeln. Wenn man in Ländern mit Wasserknappheit riesige Ananas-, Blumen- oder Gemüseplantagen sieht, fragt man sich, ob der westliche Hunger nach diesen Gütern nicht auf Kosten der Zukunft der sie produzierenden Länder gestillt wird.

Andererseits müssen wir anerkennen, dass nur unser Wohlstand uns derzeit dazu befähigt, hartnäckig Klima- und Ökologiethemata zu diskutieren. Von einem Inder, der jahrelang auf einen Kühlschrank spart, um bei 35 Grad im Schatten seine Lebensmittel zu kühlen, erwarte ich nicht, dass er sich Gedanken über die Energieeffizienzklasse macht. Von einem Staat wie China, der irgendwie seinen riesigen Energiebedarf decken will und in

dem auch Konsumprodukte für die Europäer hergestellt werden, erwarte ich nicht, dass er mit der gleichen Entschlossenheit das Thema „Ausstieg aus der Kernenergie“ anpackt, wie es Deutschland derzeit tut. Nicht zu Unrecht sagte Bill Gates vor wenigen Wochen, dass Deutschlands Ausstieg aus der Kernenergie wahrlich ein Zeichen von Wohlstand sei.

Daher gilt es nun, Konzepte zu entwickeln, die das Leben auf der gesamten Welt zukunftsfähig, nachhaltig und gerecht machen. Daher finde ich deinen Ansatz für verbindliche und sanktionsfähige internationale Standards enorm wichtig; bin mir aber über seine Durchsetzbarkeit noch nicht im Klaren. Es bedarf für mich der Stimmen von viel mehr Ländern als denen, die derzeit die Weltpolitik bestimmen. Solange innenpolitische Gründe wie das Schielen auf die nächsten Wahlen immer noch die Ausrichtung der Politik bestimmen, stehen die Aussichten für solche Standards leider schlecht. Das Kyoto-Protokoll war ein kleiner Anfang in die richtige Richtung. Aber die vergeblichen Versuche, zu einer Anschlussvereinbarung zu kommen, zeigen, wie schwierig das noch ist. Mit der Vernetzung der Welt kann es aber in Zukunft zu einer völligen Umverteilung in der Diskussion dieser Problematiken kommen, denn auch hier gilt das alte Sprichwort „Wissen ist Macht“. Erst mit einer Globalisierung der Zukunftsproblematik können wir uns an eine Lösung dieser Probleme herantasten.

Ansgar Holzknicht: Für Zukunftskonzepte in deinem Sinne hat es schon einmal einen Ansatz gegeben: den Brundtland-Bericht 1987. Der war der Anstoß für die UN-Weltkonferenz von Rio 1992. Dort wurde die Klimarahmenkonvention beschlossen. Das dazugehörige Kyoto-Protokoll ist heute aber praktisch tot. Wäre ohnehin nur die halbe Miete gewesen. Jetzt müssen die Vertragsstaaten ein anderes, vielleicht sogar besseres Instrument finden.

„Mehr als die Hälfte der chinesischen Bevölkerung hat im Winter keine Heizung. (...) Die Frage ist doch, ob wir das Recht haben, im Winter zu heizen. (...) Warum habe ich nur das Recht, rund vier Tonnen CO₂ im Jahr zu verursachen? Und Sie als Europäer über zwölf Tonnen? (...) Warum hat nicht jeder Mensch auf der Welt die gleichen Rechte?

Bei den Menschenrechten geht es nicht um einen Liu Xiaobo. Es geht um die Situation von 1,3 Milliarden Menschen, um die Situation von jedem Einzelnen der 1,3 Milliarden Chinesen. Und noch eines: Wie hoch wären Europas Emissionen, wenn die Europäer all die Produkte, die sie jetzt in China einkaufen, selbst herstellen würden?“

HU TAO, chinesischer Regierungsberater, im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Dezember 2010

Denn die globalen Umweltveränderungen werden unweigerlich immer größer. Da hilft es nicht, zuerst über Fragen des kulturellen Selbstverständnisses zu debattieren. Was hilft, ist eine Technologie, die nicht auf Kosten der weiterhin kostenlosen Umweltressourcen geht. Was hilft, ist ein Zoll-Regime, durch das die Verlierer des Klimawandels nicht auch noch ihre kleinen Märkte verlieren. Was hilft, ist eine gestärkte Internationale Arbeitsorganisation, damit beispielsweise die internationalen Rohstoffkonzerne in den Förderländern in die Schranken von Menschenrechten und Arbeitnehmerrechten gewiesen werden können.

Du und ich allein können das nicht schultern. Aber wir können ja mehr werden. So dass wenigstens einige den handelnden Politikern auf die Finger schauen und sehr viel mehr als bisher über das Internet „zusammenkommen“ und sich global artikulieren. So wie jetzt die arabische Welt aufwacht und aufsteht gegen die Autokraten, so muss die Welt aufwachen gegen die sie beherrschenden „autokratischen Mächte“, gegen die Egoisten, die Globalabgaben zahlen müssten für das Gemeinwohl auf der ganzen Welt, gegen die losgelöst agierenden Finanzmärkte, die in Haftung genommen werden müssen.

Millennium-Konsumziele

In Analogie und Ergänzung zu den weltweit anerkannten Millennium-Entwicklungszielen (MDGs) hat der srilankische Wissenschaftler Mohan Munasinghe, stellvertretender Vorsitzender des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) der Vereinten Nationen in Genf, im Januar 2011 die Einführung von „Millennium Consumption Goals“ (MCGs) vorgeschlagen. Munasinghe verweist darauf, dass die 1,4 Milliarden Menschen im obersten Fünftel der globalen Einkommensskala gegenwärtig für mehr als 80 Prozent des weltweiten Konsums verantwortlich sind – das 60-fache der 1,4 Milliarden ärmsten Menschen.

„Wir haben die Millennium-Entwicklungsziele für die Armen. Wir sollten das ausweiten auf die Reichen und dafür sorgen, dass ihr Konsum ökologisch nachhaltiger wird“, sagte Munasinghe am 24. Januar in einem Interview mit dem Inter Press Service. Munasinghe hat zwar keine einzelnen Konsumziele formuliert, wohl aber Anwendungsbereiche genannt: Energie, Wasser, Transport, Wohnen, Ernährung, Arbeitszeitreduzierung. Sein Vorschlag ist von zahlreichen Organisationen und Foren aufgegriffen worden und wird dort weiterdiskutiert und -entwickelt (ein Beispiel: <http://blogs.worldwatch.org/transformingcultures/mcgs/>). | |

Du hast schon recht: Wir müssen aus unseren innenpolitischen Befangenheiten raus, die Zukunftsfragen global stellen, darüber international vernetzt diskutieren und die Macht des Wissens einsetzen. So ähnlich ist das auch mit der Diskussion um den Klimawandel gelaufen. Auf diese Weise kommt im Prinzip alles auf den Tisch, auch was sonst nur interessengesteuert durchgesetzt wird. Oder machen wir uns da etwas vor?

Andreas Spinrath: Das große Problem bleibt bestehen: Auf internationaler Ebene geht es immer noch viel zu sehr um Macht, Einfluss und Image als um den Effekt und den Nutzen. Wir zerstören jegliche Diskussionsgrundlage in langwierigen Auseinandersetzungen und politischen Hütchenspielen. Wir schachern um Promille, verlieren uns im Kleingedruckten und denken an die eigene Profilierung, die heimische Exportwirtschaft, das Bundestagsmandat, den nächsten Medienbeitrag, in

dem wir vorkommen. An wen wir leider nie denken ist: an alle. Genau auf dieser globalen Ebene machen wir oft keine gute Figur.

Ansgar Holzknecht: Ja, wir denken leider nie an alle. Können wir konkret auch nicht. Indirekt können wir das aber wohl, wenn wir das Gemeinwohl im Auge haben und anerkennen, dass Gemeinwohl Expertenwissen braucht und Mut, im Interesse der Allgemeinheit etwas durchzusetzen, und nicht zuletzt Akzeptanz der Mehrheit. Wie bringen wir aber Mehrheiten dazu, nicht nur an sich selbst zu denken, sondern auch an „die anderen“, die Weitentfernten und die Nachgeborenen? Wie lernt die Mehrheit auf der Welt, dass es letztlich allen schlechter geht, wenn das globale Gemeinwohl nicht gesichert werden kann? Und wie kann eine Mehrheit anerkennen, dass es dazu auch neuer internationaler Instrumente bedarf? Eine Mehrheit ist immer notwendig. Ein Rückfall in obrigkeitstaatliche Verhältnisse ist nicht die Lösung. Also wo anfangen?

Ich meine, am Anfang steht immer die Begegnung mit Menschen. Nicht nur mit denen, die wir immer schon kennen. Sondern mit den Fremden, um sie kennen zu lernen, mit den Kundigen, um von ihnen zu lernen, mit den Reisenden, um einen Weg mit ihnen zu teilen, mit den Verantwortlichen, um von ihrem Blick auf die Dinge zu erfahren, mit den Armen, um sich ihr Elend ans Herz gehen zu lassen. Das lässt sich weiterspinnen – und eine neue Welt entsteht. Eine Welt, in der wir uns näher gekommen sind und andere Entscheidungen im gemeinsamen Interesse möglich werden.

Andreas Spinrath: Eine der wichtigsten Erfahrungen auf meinen Reisen war die, dass Länder eben nicht nur unterschiedlich reich oder demokratisch sind, sondern schlicht und einfach unterschiedlich. Bemerkungen wie „Die sind noch nicht so weit wie wir“ empfinde ich mittlerweile als falsch, weil

Wir denken leider nie an alle. Können wir konkret auch nicht, indirekt aber wohl.

(Ansgar Holzknecht)



Foto: Georg Stoll / Misereor

Entwicklung nun mal eben kein Stufenprinzip aus dem Setzkasten ist.

Dennoch muss man der komplexen und brisanten Lage bei internationalen Verhandlungen irgendwie beikommen. Wie das geschehen soll, bringt mich zum Grübeln. Sicherlich – ein Friede-Freude-Eierkuchen-Gesprächskreis wird niemals entstehen, sollte es auch nicht. Allerdings habe ich das Gefühl, dass sich auch auf der politischen

Ebene langsam etwas bewegt. Mittlerweile gewinnt man mit ökologischen Themen Landtagswahlen, bald vielleicht auch Bundestagswahlen. Anscheinend lohnt es sich langsam wirklich, auf die Karte „Nachhaltigkeit“ zu setzen.

Eine ganz wichtige Rolle spielen hier bestimmt Organisationen, die von den Menschen getragen werden. Wenn ich mir anschau, wie WikiLeaks oder Anonymous derzeit immer wieder für Wirbel sorgen, wie Greenpeace keinen Meter zurückweicht, wie attac die Folgen der Globalisierung mittlerweile auch aus gemäßigten Gesellschaftspositionen heraus kritisiert, wie die Kirchen sich in Krisen zu Wort melden, habe ich das Gefühl, dass dort eine viel deutlichere unparteiliche Öffentlichkeit entstanden ist, die sich über die neuen Medien besser – auch global – mitteilen kann. Solche auch internationalen Organisationen sollten noch viel stärker versuchen, sich als gewichtige Diskussteilnehmer in den Debatten und Verhandlungen aufzustellen.

Ansgar Holzknecht: Wir erleben in diesen Jahren einen völligen Strukturwandel der Öffentlichkeit. Die Ereignisse in Tunesien,



Beim Weltsozialforum in Dakar, Senegal, 2011: Das globale Gemeinwohl ist bei solchen Veranstaltungen zwar im Blick, doch der geht trotzdem oft noch in entgegengesetzte Richtungen.

Ägypten, Athen und Madrid wie auch die Aufdeckung von Plagiaten in Doktorarbeiten, aber auch eine Thessa, die über Facebook versehentlich die halbe Welt nach Hamburg-Bramfeld zu ihrem Geburtstag einlädt – das Internet macht's möglich. Fukushima, ein Ereignis in Japan, bringt hier bei uns die Energiewende und dann hoffentlich auch anderswo. Die Götter der alten Öffentlichkeit, die weithin herrschten und vieles nicht ans Licht ließen, müssen abtreten. Das begreifen allmählich immer mehr Menschen. Ja, es bewegt sich etwas. Aber es dauert. Und es ist mit Konflikten verbunden.

Was können wir tun, damit es mit weniger Konflikten abgeht? Ich hatte von der Bedeutung des Gemeinwohls gesprochen. Das ist ein abstrakter Wert und nach ihm wird, wenn überhaupt, meist nur im eigenen Gemeinwesen gefragt. Die Offenheit für die Begegnung mit anderen Menschen, die auf dieser Welt in einer anderen Situation leben, lässt noch einmal anders nach dem Gemeinwohl und seinen globalen Bedingungen fragen. Müssen nicht viel mehr Menschen viel weltläufiger werden und sich einmischen? Sie müssten nicht nur, sie könnten es auch in einer neuen Welt-Öffentlichkeit!

Andreas Spinrath: Du sprichst einen sehr wichtigen Punkt an. Wie schaffen wir es, dass aus einer „neuen Welt-Öffentlichkeit“ auch eine global denkende und vor allem interessierte Gemeinschaft wird? Im Grunde denke ich, dass sich in den nächsten Jahren

Die Netz-Bürger werden sich hoffentlich auf universelle Werte einigen, die es zu schützen gilt.

(Andreas Spinrath)

im Netz eine Art globales Grundlagenpapier oder zumindest einige Fixpunkte dazu entwickeln werden. Genauso wie sich viele Menschen immerhin in groben Umrissen auf die Universalität der Menschenrechte einigen können, werden sich viele dieser neuen Netz-Bürger hoffentlich auf eine Universalität von Faktoren einigen, die es zu schützen gilt: demokratische Systeme, Meinungsfreiheit, Leben ohne Angst vor Hunger und Unterdrückung.

Bisher freilich sind es im Netz vor allem Kalauer, die Gemeinschaft stiften, wie die Veralberung von Kim Jong-Il. Noch nicht viele Ereignisse haben es bisher geschafft, auch mit ernstem Anspruch eine globale Öffentlichkeit herzustellen. Die Revolutionen in Nordafrika oder die Katastrophe in Japan gehören dazu. Bis zu einem globalen Gemeinwohl ist es aber noch ein Stück hin.

Vor allem muss sich eine neue Welt-Öffentlichkeit auch politische Werkzeuge erschaffen, die über Protest und Medienwirksamkeit hinausgehen. Solange Politik noch fast ausschließlich hinter verschlossenen Türen gemacht wird und jegliche Einflussnahme erheblichen öffentlichen Druck voraussetzt, der sich auch in der digitalen

Welt nicht immer wieder organisieren lässt, ist diese neue Form der Gemeinschaft vermutlich zu schwach.

Ansgar Holzknicht: Bei einer neuen Form der Welt-Gemeinschaft ist nicht in erster Linie die Machtfrage zu stellen. Sie muss zunächst wachsen können, mit Leben gefüllt werden und sich mögen. Denn wir spielen noch lange nicht, um diese wohlfeilen Begriffe zu benutzen, „geistig, kulturell und geistlich“ in der globalen Liga. Unsere geistigen Anstrengungen sind durch schulischen Wettbewerb und beruflichen Erfolg limitiert. Nur selten stoßen wir in unbekanntes Weltener. Kulturell sind wir das ständige Zitieren dessen, was angesagt ist. Wir geben uns nicht preis, um Neues zu erfahren. Und geistlich sind wir in einer theologischen Sprache unterwegs, die nur ausnahmsweise von heute ist. Das Heil lassen wir nicht – wie die Propheten – „bis zu

den fernen Inseln reichen“. Wir pflegen es als Eigentum. Also geistig, kulturell und geistlich steht uns die Globalisierung noch bevor. Wir müssen auch hier in der globalen Liga spielen. Wir dürfen die Globalisierung nicht den Finanzmärkten, der Welt der Waren und den Rohstoffkartellen überlassen.

Wenn wir beispielsweise nicht nur an die Spritpreise hier bei uns denken, sondern auch an die menschlichen und ökologischen Gesteuerungskosten in einem Förderland wie dem Tschad, ist es nur ein kleiner Schritt für immer mehr Menschen, zum Beispiel via Facebook einen multinationalen Konzern überall an Recht und Ordnung zu gewöhnen, wie er das in „entwickelten“ Gesellschaften ja auch lernen musste. Und auch die EU ließe sich dazu bringen, die Rohstoffwirtschaft zu zertifizieren.

Es gibt gar nicht wenige Instrumente, das globale Gemeinwohl zu fördern. Es braucht nur mehr Weltbürger. Wenn schon immer mehr Menschen auf diesem Globus beruflich und als Touristen herumfahren, dann ist es nur wieder ein kleiner Schritt, auch wirklich zum Weltbürger zu werden, global vernetzt zu denken, zu fühlen und im Netz zu handeln – statt nur Jokus zu treiben. Der macht bald, wenn's ernst wird, auch keinen Spaß mehr.

Also ich bin optimistisch. Die jungen Generationen der Länder dieser Erde werden, müssen und können die davongelaufene Globalisierung wieder einholen und ihr ökosoziale Ordnungen im Weltmaßstab geben. Die Welt, wie sie heute ist, wird sie zu Weltbürgern machen. Was sonst? Und die Kirche wird nicht länger Welt-Kirche sein, wenn sie sich nicht immer wieder aufmacht, Weltkirche für die Welt von heute und morgen zu werden.

Andreas Spinrath: Jeder sollte sein Recht nutzen, Dinge anzusprechen, und sich beteiligen. Die Scheuklappen müssen fallen und Widerstände und Vorurteile gebrochen werden. Dann kann man optimistisch sein. Dann bin ich auch optimistisch. | |

Gleiche Ressourcennutzung für alle

Ein ökologisch-soziales Konzept für die globale Klimawende

| Felix Ekardt

Die Welt darf nicht länger eine Art Freihandelszone ohne sozial-ökologische Rahmensetzungen sein – insbesondere nicht angesichts des Klimawandels. Eine globale Klimawende könnte so aussehen: Der Klimagasausstoß muss global strikt begrenzt und dann auf alle Staaten anhand ihrer Bevölkerungszahl aufgeteilt werden. Jeder Mensch zählt dabei gleich viel.

In Durban wird im Dezember mal wieder über die Zukunft des globalen Klimaschutzes verhandelt. Weltweit sind die Emissionen seit 1990 um über 40 Prozent gestiegen. Auch in den Industrieländern sind sie nur dank der Industriezusammenbrüche 1990 in Osteuropa stabil. Auf hohem Niveau: Aktuell sind die Amerikaner bei 20, die Deutschen bei 11, die Chinesen bei 4 Tonnen CO₂ jährlich pro Kopf. Die Klimaforscher fordern weltweit jedoch eine Verringerung um 80 Prozent bis 2050. Die viel zitierten „2 Tonnen pro Mensch“ und „Emissionshalbierung bis 2050“ reichen nicht. Denn der Klimawandel kommt schneller als gedacht. Die aktuellen 0,5-1 Tonnen der Afrikaner werden wohl das globale Pro-Kopf-Ziel bei der Festlegung von Emissionsgrenzen sein müssen.

Die globale Klimapolitik wird dennoch ihre Defizite vermutlich weitgehend behalten: zu lasche Reduktionsziele für Industrieländer und gar keine oder vage Ziele für Länder wie China oder Indien; wenig Sanktionen im Falle der Zielverfehlung; zu viele Schlupflöcher; zu wenig Geld gegen die globale Armut, die durch den Klimawandel noch verschlimmert wird; unterfinanzierte Fonds statt klare Finanzhilfansprüche der Entwicklungsländer. Vor allem wird es wohl nicht zu einer echten

„Die Menschheit hat 2010 fast 31 Milliarden Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre geblasen, ein trauriger Rekord.“

Gerhard ADRIAN, Präsident des Deutschen Wetterdienstes, Aachener Nachrichten vom 27. Juli 2011



Foto: M.E. / pixelnode

globalen Treibhausgasbegrenzung für alle Länder kommen. Die Gefahr dabei: Wir verzichten auf Öl und Kohle – die dann einfach in den Schwellenländern verbrannt werden.

| Globale Klimawende

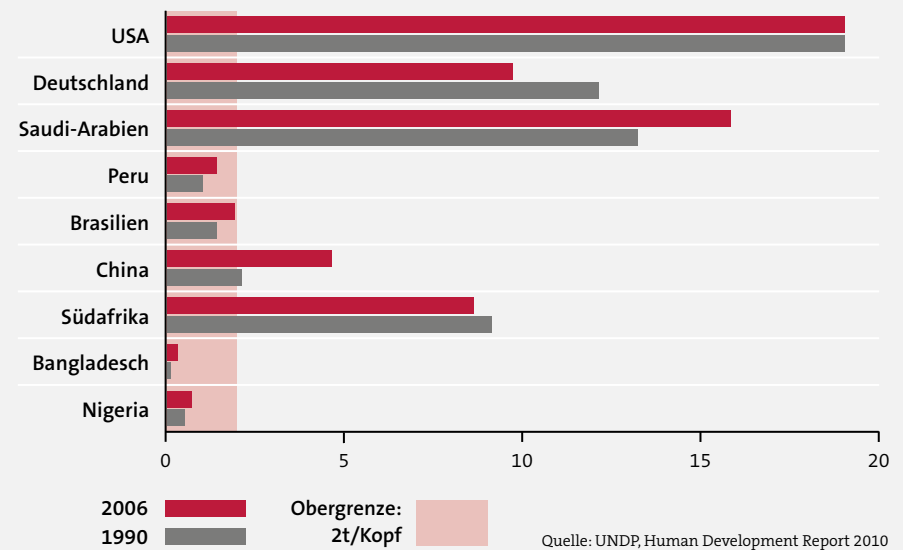
Wir brauchen also eine echte globale Klimawende. Sie könnte so aussehen: Die Klimagasausstöße müssen global strikt begrenzt und dann auf alle Staaten anhand ihrer Bevölkerungszahl aufgeteilt werden. Jeder Mensch zählt dabei gleich viel. 0,5 Tonnen mal Einwohnerzahl – das wäre 2050 also der zulässige Ausstoß in einem Staat. Beginnen würde man jetzt mit dem globalen Durchschnitt: 5 Tonnen pro Mensch. Das zulässige Maß müsste dann in vielen kleinen Schritten jährlich absinken. Wenn dann etwa westliche Länder mehr Treibhausgase ausstoßen wollten, müssten sie südlichen Ländern, die heute deutlich unter 5 Tonnen liegen, überschüssige Emissionsrechte abkaufen. Einen Staaten-Emissionshandel gibt es schon heute, aber mit zu niedrigen Reduktionszielen im Westen und gar keinen Zielen im Süden. Die Entwicklungsländer bekämen übergangs-

weise mehr als 5 Tonnen pro Kopf und der Westen entsprechend weniger, um die historische Verursachung des Klimawandels durch den Westen teilweise auszugleichen. So könnten sie noch mehr verkaufen und verdienen. Das würde Entwicklung ermöglichen, Klimaschutz und Klimawandelsfolgen finanzieren – und trotzdem langfristig die Klimagas begrenzen. Eine globale Institution – etwa das bereits bestehende UN-Klimasekretariat in Bonn – müsste die Emissionsreduktionen strikt überwachen und mit strengen Sanktionen durchsetzen.

Die nach dem Staaten-Emissionshandel pro Staat oder Kontinentalzusammenschluss (wie im Falle der EU) vorhandene jährliche, sinkende Menge an Emissionsrechten müsste dann im Rahmen eines umfassenden innerstaatlichen oder innereuropäischen Emissionshandels unter den Kohle-, Gas- und Öl-Unternehmen mittels einer Auktion weiterverteilt werden. Jeder Importeur oder Verkäufer von fossi-

CO₂-Emissionen in den Jahren 2006 und 1990

Angaben in Tonnen pro Kopf



len Brennstoffen dürfte also die sich aus diesen Brennstoffen ergebenden Treibhausgasausstöße bei allen Bürgern nur noch ermöglichen, wenn er Emissionsrechte besitzt. Anders als der bisherige EU-Emissionshandel nur für einige Industriesektoren und mit laschen Zielen würden damit nahezu sämtliche Klimagasausstöße erfasst. Denn über die Primärenergie bildet man Produktion und Konsum quasi insgesamt ab. Vieles an Klimapolitikwust würde damit überflüssig. Die Primärenergieunternehmen würden ihre Ersterkerungskosten für die Emissionsrechte gleichmäßig über Produkte, Strom, Wärme und Treibstoff an die Endverbraucher weitergeben; umgekehrt würde der Staat respektive die EU die Versteigerungs-Einnahmen pro Kopf an alle Bürger verteilen (Ökobonus). Auch die ebenfalls klimaschädlichen Sektoren Landwirtschaft und grenzüberschreitender Luft- und Schiffsverkehr müssten einbezogen werden, ebenso wie die Entwaldung, etwa im Regenwald.

So senkt man den globalen Treibhausgasausstoß schrittweise, aber drastisch. Und durch den so erzeugten Kostendruck und die Begrenzung der fossilen Brennstoffnutzung kämen treibhausgasarme erneuerbare Energien und Energieeffizienz massiv auf. All das wäre auch ökonomisch sehr sinnvoll – allein schon wegen der sonst drastischen Kosten des Klimawandels. Und auch kurzfristig sind mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien ökonomisch oft vorteilhaft: Man fördert neue Wirtschaftszweige und macht sich von Energieimporten und steigenden Öl- und Gaspreisen unabhängig. Man sichert dauerhaft die Energieversorgung und vermeidet gewaltsame Auseinandersetzungen um schwindende Ressourcen. Schon dies ist zugleich sozial vorteilhaft.

Ökobonus

Dass der Westen über den Emissionsrechtekauf Geld an den Süden zahlen muss, ist gerecht. Denn pro Kopf emittiert ein Europäer immer noch ein Vielfaches mehr als ein Chinese oder Afrikaner. Außerdem werden die Südländer – und künftige Generationen – die Hauptopfer des Klimawandels sein, den primär wir Westler verursacht haben. Zugleich hilft der Ökobonus den sozial Schwächeren

im Westen: Der Ökobonus ist ja pro EU-Bürger gleich hoch; und wer wenig Energie und Produkte konsumiert, also gerade die sozial Schwächeren, bekommt die weitergegebenen Kosten des Emissionshandels nur wenig zu spüren.

Energie bleibt so für jeden bezahlbar, und zwar dauerhaft – unabhängig von Öl- oder Gaspreisen: ein weiterer sozialer Vorteil des Konzepts. Dies gilt, obwohl der Ökobonus im Verhältnis zu den unverteilter Emissionshandelskosten im Okzident niedrig und in südlichen Ländern hoch wäre. Denn die Emissionshandelskosten zwischen den Staaten würden zum „südlichen“ Ökobonus dazugaddiert und vom „westlichen“ Ökobonus subtrahiert. Das wäre der Finanztransfer in den Süden – sozialverträglich für alle Beteiligten.

Angegangen werden damit sowohl die langfristigen fatalen sozialen Wirkungen eines Klimawandels und Ressourcenschwundes als auch die Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern. Ferner wird durch das Modell der Aufbau von Verwaltungs-, Bildungs- und Sozialstaatseinrichtungen in den Entwicklungsländern sowie ein gebremstes Bevölkerungswachstum (welches generell insgesamt wie der demographische Wandel zu sehr als Problemursache und zu wenig als Problemfolge gesehen wird) begünstigt. Au-

ßerdem wird in Nord und Süd für dauerhaft verfügbare und bezahlbare Energie gesorgt und ein am Ende für alle schädlicher globaler Sozialdumpingwettbewerb abgewendet. Daneben treten eine Reihe weiterer sozialpolitisch wünschenswerter Nebeneffekte auf, wie zum Beispiel eine Arbeitsmarktförderung, da der doppelte Emissionshandel technische Innovationen begünstigt. Vor allem aber wird im sozialen Interesse aller Gesellschaften die langfristige soziale Katastrophe Klimawandel abgewehrt.

All dies zeigt: Umweltpolitik kann kurzfristig und zugleich langfristig, national und zugleich global so organisiert werden, dass sie mit sozialen Belangen nicht etwa in Konflikt gerät, sondern sie fördert. Zugleich werden gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle geschaffen und damit ein fairer Freihandel unterstützt.

Literatur

Felix Ekardt: Soziale Gerechtigkeit in der Klimapolitik, Böckler Edition 2010, Download über die nachstehende Homepage des Verfassers.



Professor Felix Ekardt, Universität Rostock, leitet die Forschungsgruppe Nachhaltigkeit und Klimapolitik (www.sustainability-justice-climate.eu).

Hungerstillendes Wachstum

Bei der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion müssen andere Wege eingeschlagen werden als bisher

| Benjamin Luig

Im November dieses Jahres werden sieben Milliarden Menschen auf der Erde leben. Wie kann sich eine wachsende Weltbevölkerung in Zukunft gesund und sozial gerecht ernähren und zugleich Trinkwasser und Klima schonen sowie Bodenqualität und Biodiversität erhalten? Eine wirksame Hungerbekämpfung setzt voraus, Begriffe wie Agrarwachstum und Effizienz neu auszubuchstabieren. Die alte Intensivierungsformel ist überholt.

Das 21. Jahrhundert droht ein Jahrhundert des Hungers zu werden. Diese Warnung findet zunehmend Gehör in Wissenschaft, Politik und Medien – und das zu Recht. Denn nachdem der Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung seit 1970 zunächst deutlich gesunken ist, steigt seit einigen Jahren nicht nur ihre absolute Zahl wieder, sondern auch ihr prozentualer Anteil. Heute sind knapp eine Milliarde Menschen chronisch unterernährt, leiden also darunter, Tag für Tag nicht das notwendige Mindestmaß an Kalorien zu sich nehmen zu können. Eine weitere Milliarde leidet unter Mangelernährung, die dem Körper wichtige Nährstoffe wie Jod, Zink oder Vitamin A vorenthält. Meist wird die Warnung vor einer Zuspitzung der Hungerkrise in einem Atemzug genannt mit dem Hinweis auf eine steigende Weltbevölkerung und der Forderung, die globale Nahrungsmittelproduktion zu steigern. So richtig diese Forderung ist – sie sollte nicht den Blick dafür versperren, dass eine Vielzahl politischer und sozioökonomischer Faktoren die Hungerkrise in den letzten Dekaden weiter verschärft hat.

Der pauschale Ruf nach einer globalen Steigerung der Nahrungsmittelproduktion ist verständlich, muss aber präzisiert werden. Zum einen klammert er entscheidende Fragen der Verteilung und der Nutzung von Nahrung aus. Über 50 Prozent der Weltgetreideproduktion wird als Tierfutter, als Treibstoff oder zur Herstellung industrieller Stoffe verwendet – angesichts des Hungers eine höchst proble-

matische Zweckentfremdung von Grundnahrungsmitteln. Hohe Ernteanteile anderer wichtiger Nahrungsmittel, insbesondere Obst und Gemüse, erreichen aufgrund ineffizienter Vermarktungsstrukturen nicht die Verbraucher. Zum anderen ist ein Wachstum in der Agrarproduktion zwar dringend notwendig, doch geht es dabei um eine Intensivierung der Nahrungsmittelproduktion von ganz anderer Art als in der Vergangenheit. Es geht um eine neue Form des Wachstums, die der Tatsache gerecht wird, dass Landwirtschaft in Naturkreisläufe eingebunden ist, statt sie wie eine Black Box, ein geschlossenes System, zu behandeln und lediglich einzelne Inputgüter (wie Saatgut oder Dünger) zu optimieren. Diese Feststellung hat nichts mit Träumerei zu tun, sondern sie hat handfeste ökonomische und ökologische Gründe.

| Eine neue Art der Intensivierung von Landwirtschaft

Die Notwendigkeit zu einer neuen Art der Intensivierung lässt sich durch ein Erklärungsmodell der Wirtschaftswissenschaften treffend beschreiben: Die „Regel vom abnehmenden Ertragszuwachs“ geht davon aus, dass mit jeder zusätzlichen Einheit eines eingesetzten Produktionsmittels der dadurch erzielte Mehrertrag abnimmt. Die Landwirtschaft des 20. Jahrhunderts basierte auf einer keineswegs simplen, aber überschaubaren Formel: dem Einsatz von synthetischem Stickstoffdünger, Pestiziden und Herbiziden, gepaart mit einer rasanten Mechanisierung der Landwirtschaft. Diese Formel führte zwar zu einer enormen Zunahme der Produktion: Zwischen 1950 und 2000 verdreifachte sich die global produzierte Getreidemenge. Effizienz wurde gleichgesetzt mit einer Maximierung des Ertrags pro Hektar. Das Prinzip des abnehmenden Ertragszuwachses aber legt den Blick frei auf eine ungeheure Ineffizienz im Ressourcenverbrauch: Um diese Verdreifachung zu erreichen, wurde der Einsatz von Stickstoff verachtfacht. Zugleich hat der steigende Ölpreis die Kosten der inputintensiven Landwirtschaft enorm erhöht. Effizient reduziert wurde in erster Linie der Faktor Arbeit: Sowohl direkt durch den Ersatz von Landar-

Foto: Achim Pohl / Misereor



Schwimmende Gärten in Kambodscha: Ihre Pflege und auch die Ernte des Gemüses sind vom Boot aus möglich.

beitern durch Technisierung, als auch indirekt, indem kleinbäuerliche Betriebe aufgrund höherer Produktionskosten von Großbetrieben verdrängt wurden und dadurch freigesetzte Arbeitskräfte in den Entwicklungsländern oft ohne Perspektiven in die Slums der Städte abgewandert sind.

Es braucht auch deshalb ein anderes Wachstum der Agrarproduktion, weil die alte Formel an den entscheidenden Akteuren im Kampf gegen den Hunger vorbeiläuft. Sie funktioniert ausschließlich auf fruchtbaren Böden und unter optimalen externen Wachstumsbedingungen. Von ihr profitieren in der Regel Großbetriebe und Unternehmen, die Zugang zu den notwendigen Krediten haben und damit in der Lage sind, stabile Handelsbeziehungen mit größeren Abnehmern aufzubauen. Einkommensarme Bauern in marginalisierten Regionen erreicht sie kaum. Da-



bei kommt es gerade auf sie an. In vielen der ärmsten Länder weltweit wie beispielsweise in Sambia werden rund 80 Prozent der Bevölkerung von Kleinbauern ernährt. Vier Fünftel der Reisproduktion weltweit wird von Kleinbauern in Asien und der Pazifikregion produziert. Das Potenzial zu neuen, nachhaltigen Formen der Intensivierung ist da. Analysen der Weltbank verweisen darauf, dass kleinbäuerliche Formen der Bodenbewirtschaftung spezifische Vorteile gegenüber großflächiger Anbauformen aufweisen, etwa die Nutzung von spezifisch lokalem Wissen zur Bodenbeschaffenheit und den klimatischen Bedingungen oder die Möglichkeit zu effizienten Formen des Mischanbaus.

| Lokal angepasste Innovationen

Neue Formen der Intensivierung sind schließlich auch aus ökologischen Gründen unumgänglich. Rasante Flächenexpansion und der Einsatz externer Betriebsmittel sowie die Übernutzung von Ressourcen durch die in-

dustrialisierte Landwirtschaft führt vielfach zu sinkenden Grundwasserspiegeln, Grundwasserverseuchung, Resistenz von Unkraut und erheblichen Verlusten an Biodiversität. Auch kleinbäuerliche Betriebe sind oft aufgrund knapper Ressourcen zu Abholzung und Bodendegradation gezwungen. Eine hohe Bevölkerungsdichte erzwingt nicht selten verkürzte Brachzeiten des Bodens oder die Bewirtschaftung marginaler Flächen, die nicht für den Feldbau geeignet sind. Vielfach fehlt es kleinen Familienbetrieben auch an Wissen, um nachhaltig zu produzieren. Viele Projektpartner von Misereor haben gezeigt, dass eine nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft nicht nur möglich, sondern für bäuerliche Familienbetriebe oftmals rentabler ist als Versuche der „konventionellen“ Landwirtschaft. Seien es Infiltrationsgräben zum Auffangen von Regenwasser in Uganda, die Diversifizierung der Mischwirtschaft von Getreidesorten, Hülsenfrüchten und Gemüse in Indien oder die Zucht von neuen Reissaatgutsorten durch ein Bauernnetzwerk in den Philippinen. Es geht jeweils um Maßnahmen zur Erhöhung der Effizienz, die auf den ersten Blick recht unspektakulär wirken, und um lokal angepasste Innovationen, die sich nur bedingt standardisieren lassen. Breit angelegte Untersuchungen bei über 12 Millionen Kleinbetrieben in Entwicklungsländern zeigen, dass ressourcenerhaltende Intensivierungsmaßnahmen dieser Art Ertragssteigerungen von durchschnittlich 80 Prozent bewirken (so beispielsweise Jules Pretty von der Universität Essex).

Der konsequenten Förderung und Verbreitung lokal angepasster Innovationen steht jedoch eine entscheidende Hürde im Weg: wirtschaftliche Interessenslagen. Außer den Bauern selbst und einkommensarmen Konsumenten profitiert niemand von diesen Innovationen – weder das Agribusiness, noch die Ernährungsindustrie. Umso entscheidender ist die Rolle von staatlichen Akteuren und von Entwicklungsorganisationen: Zunächst einmal müsste der Beitrag bäuerlicher Betriebe zum Ressourcen- und Biodiversitätserhalt als wichtiges öffentliches Gut anerkannt werden. Auf dieser Basis müssten monetäre und nicht-monetäre Anreizsysteme geschaffen werden, um Bäuerinnen und Bauern mit ih-



Foto: Georg Stoll / Misereor

Dieses Bild aus Saatkörnern setzt ein Zeichen gegen genmanipulierte Organismen. Gesehen beim Weltsozialforum 2011 in Dakar.

rem Know-how zu fördern. Dezentrale Dienstleistungssysteme sind notwendig, die zur Entwicklung der Arbeitsabläufe in den Betrieben ebenso beitragen wie zur Vermarktung. Investitionen in die Landwirtschaft müssten nicht nur massiv gesteigert, sondern auch gezielter gegen den Hunger eingesetzt werden. Die Förderung besonders marginalisierter Regionen sollte ebenso gestärkt werden wie die Förderung so genannter „Orphan Crops“, also lokal gehandelter Grundnahrungsmittel wie Maniok oder Hirse.

Nach 20 Jahren anhaltenden Desinteresses an der bäuerlichen Landwirtschaft herrscht zumindest in der Theorie wieder Einigkeit über ihre zentrale Bedeutung in Prozessen nachhaltigen Wachstums in Entwicklungsländern. In den Industriestaaten hingegen sollten den Bauern Anreize geboten werden, den bestehenden Bedarf nach Nahrungsmitteln zunehmend durch ökologische Anbauformen zu decken. Substantielle Überproduktionen an Nahrungsmitteln, die zwangsläufig in den Süden exportiert würden und dort weiter die Freiräume für nachhaltiges Wachstum reduzierten, sind nicht erstrebenswert. Es ist Zeit, im Kampf gegen Hunger den Worten Taten folgen zu lassen und dabei diejenigen ins Zentrum zu stellen, die die Nahrungsmittel weltweit produzieren. | |



Benjamin Luig
ist Referent für Agrar- und
Landpolitik bei Misereor.
www.misereor.de

Gutes Leben und gute Arbeit für alle

Ein Gespräch mit dem Frankfurter Sozialethiker Prof. Bernhard Emunds über den Strukturwandel zur Zukunftstauglichkeit

Kann es eine Gesellschaft geben, die komplett ohne Wachstum auskommt?

Interessant ist zunächst einmal, dass Europa in einer frühen Phase seiner Geschichte kein nennenswertes Wirtschaftswachstum hatte. Es entfaltete erst mit der Entstehung der Städte eine gewisse Dynamik, die sich dann mit der industriellen Revolution deutlich verstärkte. Das Wachstum führte zu einer massiven Verbesserung des Wohlstands und der Lebensumstände der Menschen. Wenn wir heute ohne nennenswertes Wachstum leben wollten, wäre das nur mit einem grundlegend veränderten Wirtschaftssystem möglich.

Tim Jackson kam in „Prosperity without Growth“, einem Bericht der britischen Kommission für nachhaltige Entwicklung, unter anderem zu dem Ergebnis, dass die westlichen Industrienationen in den vergangenen Jahrzehnten einseitig auf die Mehrung von Konsumgütern in privater Verfügung gesetzt und darüber öffentliche Güter stark vernachlässigt haben. Langfristig gesehen kann ich mir durchaus vorstellen, dass wir diese Fehlentwicklung wieder korrigieren und – indem wir den öffentlichen Sektor stark ausbauen – zu einer Wirtschaftsweise gelangen, die ohne oder mit sehr geringem Wachstum auskommt.

Viele Menschen sind sich dessen bewusst, dass unsere Lebensweise nicht zukunftstauglich ist. Doch grundlegend umstellen wollen sich nur wenige. Stattdessen steigen in vielen Bereichen die Ansprüche an Konsum und Komfort sogar weiter an.

Der Wunsch nach einer stetigen Verbesserung der Lebensumstände ist Teil unserer Mentalität. Manches davon ist ohne Zweifel fragwürdig. Aus Sicht einer christlichen Wirtschaftsethik wird es immer entscheidend sein, zu schauen, wo die realen Bedürfnisse sind, die den Menschen nicht nur durch Werbung eingeredet werden. Diese Bedürfnisse sind ja auch in den Industrieländern oft nicht abgedeckt. Auch in Deutschland gibt es viele Familien, die in Armut leben und Schwierigkeiten haben, wesentliche Bedürfnisse zu befriedigen. Zum Beispiel den Wunsch nach einer gesunden Ernährung, nach gleichbe-

rechtigter sozialer Integration, nach persönlicher Entfaltung durch musische Betätigung. Wer über unsere Wachstumsgesellschaft nachdenkt, muss sich fragen, ob man solche Bedürfnisse außen vor lassen darf. Es geht bei der Frage des Wachstums eben nicht nur um den iPod, die zweite Playstation und den dritten DVD-Rekorder.

Natürlich müssen wir nicht nur die realen Bedürfnisse der Menschen in den Blick nehmen, die bei uns in der Nähe der Armutsschwelle leben. Noch in ganz anderer, skandalöser Weise stellt sich das Problem in den Entwicklungsländern. Die traditionelle Vorstellung der 1960er und 1970er Jahre, nach der man Wachstum schafft und sich automatisch die Lebensumstände aller verbessern, ist längst obsolet geworden. Aber für die meisten Regionen dieser Erde gibt es keine überzeugende Strategie der Bekämpfung extremer Armut ganz ohne Wirtschaftswachstum. Armut und Elend in den Entwicklungsländern können nur dann wirkungsvoll bekämpft werden, wenn durch Wertschöpfung dort auch mehr materieller Wohlstand entsteht und wenn mehr Menschen in die wirtschaftliche Arbeitsteilung eingebunden werden. Was auch bedeutet, dass das Bruttoinlandsprodukt dort steigen muss.

Die Entwicklungsländer haben demnach Anspruch auf Wachstum. Was aber wäre der richtige Weg für die reichen Nationen?

Wir müssen darüber nachdenken, wie wir das eben beschriebene Problem, dass auch bei uns viele Bedürfnisse nicht gedeckt werden, erstens über eine Strategie der Umverteilung angehen, und zweitens wie wir zukunftsfähige neue Güter entwickeln können. Im Bereich der Bildung etwa, bei einer ökologisch ausgerichteten Infrastruktur oder in der Pflege muss es in Zukunft mehr und nicht weniger Wertschöpfung geben. Das heißt natürlich nicht, dass es uns automatisch besser geht, wenn das Bruttoinlandsprodukt steigt.

Sondern?



Foto: privat

Bernhard Emunds ist Professor für Christliche Gesellschaftsethik und Sozialphilosophie sowie Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt.

Wir müssen zu anderen Indikatoren für Wohlstand kommen. Es gibt beispielsweise von Hans Diefenbacher und Roland Zieschank den Vorschlag eines Nationalen Wohlfahrtsindex. Haushaltsarbeit, vermiedene Umweltverschmutzung und eine gerechtere Verteilung des Reichtums tragen auf ihre Weise zum Wohlstand bei und müssen entsprechend berücksichtigt werden. Das heißt: Materieller Wohlstand ist nicht gleichzusetzen mit dem Bruttoinlandsprodukt. Und Wohlbefinden geht über diesen materiellen Wohlstand noch einmal hinaus, drückt sich zum Beispiel aus in gemeinsamer Zeit, in den Stunden, die wir in der Familie oder mit Freunden zusammen verbringen. Aus christlich-sozialethischer Perspektive müssen wir uns auch um solche Faktoren bemühen. Da geht es um Chancen der persönlichen Entfaltung und der gleichberechtigten sozialen Integration, um die Lebensbedingungen kommender Generationen. Während es also Bereiche gibt, in denen wir künftig aus diesen Gründen mehr Wertschöpfung brauchen, werden andere Wirtschaftsbereiche schrumpfen müssen.

„Wohlbefinden drückt sich zum Beispiel aus in der Zeit, die wir in der Familie oder mit Freunden zusammen verbringen.“

Wie kann denn die Wirtschaft umgebaut werden? Etwa dadurch, dass die weniger erwünschten Aktivitäten stärker besteuert werden?

Im Prinzip haben wir ja bereits solche Mechanismen – zum Beispiel die Ökosteuer. So etwas lässt sich weiterentwickeln. Energieverbrauch, der Ausstoß von klimaschädlichen Gasen – all das wird noch teurer werden müssen. So etwas muss allerdings sozialverträglich geregelt werden. Wir kommen nicht umhin, untere Einkommenschichten zu entlasten und dafür wohlhabendere Kreise deutlich stärker zur Kasse zu bitten. Ökologische Umsteuerung ohne soziale Balance wird nicht funktionieren! Die Herkulesaufgabe eines umweltverträglichen Umbaus der Wirtschaft muss durch beherrzte Maßnahmen der Umverteilung flankiert werden.

Mittelfristig wird es in einem in Ihrem Sinne umstrukturierten Wirtschaftssystem Branchen geben, in denen sich die bisherige Produktion nicht mehr lohnt und Arbeitsplätze wegfallen. Kann der Industriearbeiter einfach zum Altenpfleger umgeschult werden?

Das ist das Problem bei jedem Strukturwandel, nicht nur jetzt bei der Überwindung der fossilen Industrielandschaft. Andere Länder sind, was den Abbau der Industrie und den Aufbau von Dienstleistungsbereichen angeht, allerdings sehr viel weiter als die Bundesrepublik. Auch in Frankreich und Großbritannien ist man weniger industriefixiert als in Deutschland. Es gibt bei uns viele wichtige Berufe wie etwa in der Altenpflege, in denen es an ausreichender Bezahlung und gesellschaftlicher Wertschätzung mangelt. Unsere Art der Wirtschaftspolitik, zum Beispiel die Bewältigung der letzten Wirtschaftskrise, hat eine massive Schlagseite zugunsten der vor allem von Männern geleisteten Industriearbeit und zulasten der bisher vor allem von Frauen geschulterten personenbezogenen Dienstleistungen. Das ist zutiefst ungerecht!

Wie kann ein Umdenken in den Köpfen der Bürger gefördert werden?

Es ist doch eindeutig, dass Menschen unter dem Leistungs- und Erfolgsdruck am Arbeitsplatz leiden. Andere leiden daran, dass sie Schwierigkeiten

haben, am Arbeitsmarkt dauerhaft Fuß zu fassen, sei es, weil sie arbeitslos sind oder nur Zugang zu prekären Beschäftigungsverhältnissen haben. Wer das reflektiert, wird auch offen sein für neue Wege des Lebens und Wirtschaftens. Langfristig betrachtet wird es Veränderungen zum Guten vermutlich nur geben, wenn wir uns Ziele für gutes Leben und gutes Arbeiten setzen, die über das kapitalistische Wirtschaftssystem hinausweisen.

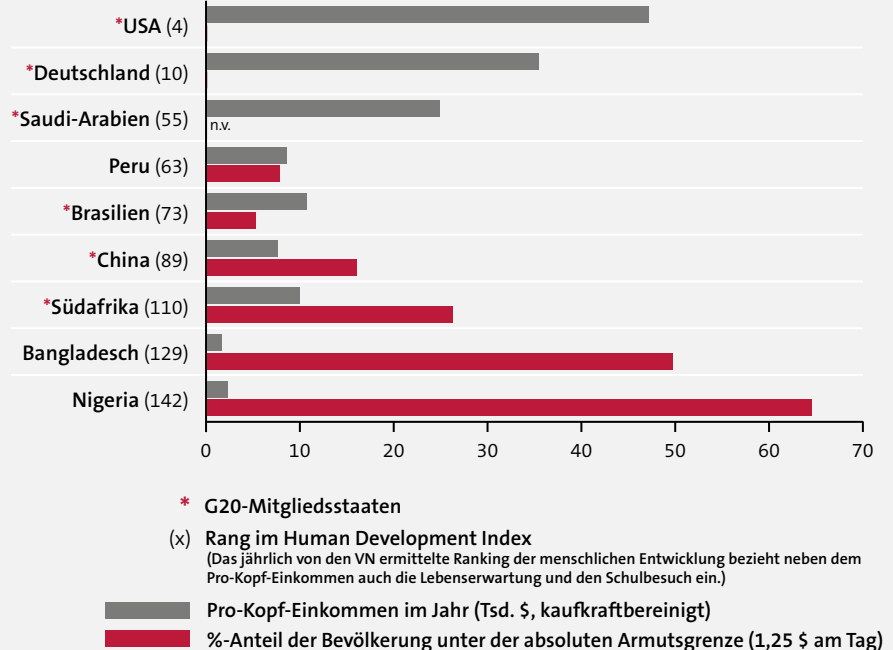
Sie stellen also die Systemfrage.

Nun, es gibt derzeit keine ausgearbeitete Alternative zum bestehenden Wirtschaftssystem, die überzeugen könnte. Aber Christen stellen immer wieder fest, dass der Kapitalismus mit Ungerechtigkeiten und Macht-

asymmetrien verbunden ist, mit denen sie sich aufgrund des Evangeliums einfach nicht abfinden können. In Zukunft müssen wir auch wieder Machtstrukturen und die Interessen, die zu einer Verfestigung des kapitalistischen Systems führen, stärker in den Blick nehmen. Aktuell orientiert sich die Wirtschaft doch an dem Ziel, mit einer hohen Rendite die Finanzmärkte, also die großen Investoren zufriedenzustellen. Dem Geldvermehrungsinteresse der Vermögensbesitzer wird alles untergeordnet. Ist das die Wirtschaftsweise, die wir in Zukunft wollen?

Das Renditeinteresse an den internationalen Finanzmärkten ist heute bedeutend einflussreicher als früher, die Renditeansprüche sind höher, und die Geldgeber sind ungeduldiger. Letztlich führt das zu einer Vernutzung des Natur-, Human- und Sozialvermögens, das eigentlich auch die Basis für künftiges Wirtschaften wäre. Das heißt: Wenn wir eine an kurzfristigen Gewinnen orientierte

Armut, Reichtum und Entwicklung



Quelle: UNDP, Human Development Report 2010. Die Zahlen beziehen sich jeweils auf das letzte für den HDR verfügbare Jahr.

Foto: Ernst Klahren / Misereor



Links: Bildung gehört zu den zukunftsfähigen Gütern, in die stärker investiert werden muss.

Unten: Andere Wirtschaftsbereiche müssen im Interesse der Zukunftsfähigkeit schrumpfen und grundlegend verändert werden.



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

Wirtschaft haben, dann werden die Unternehmen schauen, dass sie die Gewinne schnell einspielen und nicht ausreichend in die langfristige Sicherung ihres Betriebes und die Erhaltung eines guten sozialen und ökologischen Umfelds investieren. Wir müssen also vor allem nach den Interessen fragen, die hinter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem stehen.

Haben die Industrieländer aus der Finanzkrise etwas Substantielles gelernt?

Nein. Obwohl die Mehrheit der Finanzmarktpolitiker sagt, die Regulierung der Finanzmärkte sei „auf einem guten Weg“, sind substantielle Veränderungen nicht eingeleitet worden. Und die Banken sind längst zum „Business as usual“ zurückgekehrt.

Steuern wir auf den nächsten Crash zu?

Da bin ich mir ziemlich sicher – auch wenn natürlich unklar ist, wann und wo der stattfinden wird. Es stimmt mich traurig zu sehen, wie minimal die Fähigkeit der Politik ist, auf den Finanzmärkten steuernd einzugreifen. Es fehlt der Mut zu Entscheidungen, die tatsächlich auch einmal Gewinne schmälern und

vielleicht sogar Arbeitsplätze in der Finanzbranche kosten würden, die aber trotzdem für die Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt notwendig sind.

Können wir es schaffen, auf dem von Ihnen skizzierten neuen Weg zu einer gerechteren Welthandelsordnung zu kommen, zu einer gerechten Verteilung aller Güter, zum Ende der Ausbeutung von Menschen, die an den verlängerten Werkbänken der Industrieländer viele unserer Konsumgüter produzieren? Ist das im bestehenden System denkbar?

Die vielen Schritte, die notwendig sind, müssen alle mühsam erstritten werden. Genauso wie wir für einen Ausbau der öffentlichen Wirtschaft und die Bändigung der Finanzindustrie kämpfen müssen, müssen wir eine Regulierung der transnationalen Unternehmen erstreiten. Heute geht es um eine Regulierung, die aufgrund der Schwäche vieler Regierungen in den Ländern des Südens gerade in den Industrieländern, also auch bei uns in Deutschland ansetzt.

Damit die großen Unternehmen künftig die Menschen in den Entwicklungsländern und ihre Umwelt nicht mehr ausbeuten, wie dies einige von ihnen heute tun, bedarf es vor allen Dingen neuer gesetzlicher Regeln in den Industrieländern. Dazu gibt es Ansätze, etwa die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, deren Beschwerdeverfahren in den nationalen Kontaktstellen prinzipiell Möglichkeiten bietet, ungerechtes Wirtschaften von Firmen im Ausland zu kontrollieren und gegebenenfalls zu sanktionieren. Diese zarten Ansätze müssen wir weiter fortführen – etwa in Verbindung mit den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Regierungen Deutschlands und anderer Industrieländer müssen gedrängt werden, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und diese Regeln auch in den Auslandsaktivitäten der bei ihnen beheimateten Unternehmen konsequent durchzusetzen.

In der Wachstumsdebatte wird immer wieder diskutiert, ob wir künftig auch Verzicht üben müssen. Viele Politiker erwecken den Eindruck, als wäre der gar nicht nötig. Wie sehen Sie das?

Steigerungen der ökologischen Effizienz haben bisher immer wieder dazu geführt, dass mehr Güter produziert wurden, so dass es nicht zu einer sinkenden Gesamtbelastung der Umwelt kam. So stehen wir, die Bürgerinnen und Bürger der Industrieländer, offenbar vor der Herausforderung, dass wir unseren Stil, zu leben und zu wirtschaften, ändern müssen. Nur glaube ich: Das Predigen von Verzicht wird wenig ändern. Es wird darauf ankommen, dass wir entschleunigte Lebensstile als attraktive Alternativen erkennen. | |

Das Gespräch führte **Ralph Allgaier**, Misereor.

Der neue Kontinent „Postwachstumsgesellschaft“

Ein Brief an die Enquete-Kommission

Im Dezember 2010 hat der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ ins Leben gerufen. Abgeordnete und Sachverständige sollen unter anderem die Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt ausloten. Joachim Spangenberg, Volkswirt, Ökologe und Biologe beim Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, hat seine Fragen und Wünsche aus einer globalen Perspektive in einem fiktiven Brief an die Kommission zusammengefasst.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin gerade von einer Reise nach Ulan Bator zurückgekommen, wo sich Parteienvertreter und Politiker getroffen haben, um über die Zukunft des Wachstums zu diskutieren. Bei den Teilnehmern aus Indonesien, den Philippinen, Korea, Malaysia, Thailand und der Mongolei bestand Einigkeit: Das bisherige Wachstumsmodell ist gescheitert, es ist weder sozial noch ökologisch nachhaltig. In den vergangenen drei Jahren haben die Nahrungsmittelpreise Rekordhöhen erreicht (nicht zuletzt durch Spekulation und die Subventionierung von „Bio-Sprit“), was die Zahl der Hungernden weltweit über die Milliardenengrenze hat schnellen lassen und droht, die Erfolge von Jahrzehnten Entwicklung zunichte zu machen. Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Ozeanversauerung oder Überfischung der Fischbestände bedrohen die Lebensgrundlagen. Deshalb suchen die Wachstumsnationen Asiens nach einem Weg, der nicht das Wachstum als Leitstern nimmt, sondern eine harmonische Entwicklung, die Wirtschaft, Gesellschaften und Umwelt in einer gemeinsamen Strategie zusammenführt.

Jetzt also eine Enquete-Kommission in Deutschland: sehr gut! Und spannende Themen haben Sie sich ausgesucht. Der große Wurf ist gefordert, der Berg kreißt,

aber was können wir erwarten? Hier ein paar Wünsche, die ich für ein gutes Gelingen für unverzichtbar halte.

Entmystifizieren Sie das Wirtschaftswachstum, machen Sie sich und uns frei von magischen Prozentzahlen! Der stetige Rückgang der Wachstumsraten von 8 Prozent in den 1950er Jahren auf rund 1 Prozent im neuen Jahrhundert ist in absoluten Zahlen kein Rückgang, sondern ein Zuwachs. So bedeutete das bundesdeutsche Wirtschaftswachstum von 14,1 Prozent 1955 einen absoluten Zuwachs von 11,5 Milliarden Euro (in Preisen von 1991), während 2005 das fast zehnfach geringere Wachstum von 1,5 Prozent den fast doppelt so hohen Zuwachs von 22,3 Milliarden Euro darstellte. Verglichen mit den „Goldenen 50ern“ wächst die Wirtschaft also mehr, nicht weniger.

Verlangen Sie vom Markt nicht mehr als er leisten kann! Relative Knappheiten regelt der Markt (zumindest idealtypisch) effektiv und effizient. Mangel überfordert den Marktmechanismus. Aufgabe der Politik in einer sozialen und ökologischen, also zukunftsfähigen Marktwirtschaft ist es, komplementär zum Markt dessen Schwächen durch Rahmensetzung und Eingriffe auszugleichen. Radikaler Abbau und Umbau und massiver Neuaufbau sind dazu heute notwendig – nicht die Fortsetzung der Wachstumspolitik mit ökologischen Mitteln. Wer Politik am Markt ausrichtet, organisiert lediglich die Synchronisation von Markt- und Staatsversagen.

Gestalten Sie den Wandel sozial! Maxime einer sozialen Marktwirtschaft ist es seit ihren Gründervätern Müller-Armack und Erhard, dem allgemeinen Wohlstand eine Priorität gegenüber dem persönlichen Reichtum einzuräumen. Der Politikwissenschaftler Martin Jänicke bringt auf den Punkt, was das heute bedeutet: „Die erforderlichen Mittel für die sozialen Sicherungssysteme werden nur aufgebracht werden, wenn die Umverteilung von unten nach oben in den letzten 20 bis 30 Jahren wenigstens teilweise umgekehrt wird.“

Denken Sie global (denn so ist die Welt heute)! Ressourcen sind das gemeinsame Erbe der Menschheit – propagieren Sie das Menschenrecht auf gleichen Umwelt-raum, gleiche Ressourcennutzung für alle! Dafür muss Deutschland aber aufhören, einen weit überproportionalen Anteil der Weltressourcen in Anspruch zu nehmen. Machen wir Platz für die, die wirklich noch Wachstum brauchen, beschränken wir uns auf Entwicklung, also neue Qualitäten! Dann wird es auch einfacher, die Ressourcensouveränität der Staaten zu respektieren.

Seien Sie vorausschauend, sehen Sie der Zukunft ins Gesicht! Um den Klimawandel auf die weltweit geforderten 2 Grad Celsius zu beschränken, müssen die Emissionen der Industrieländer bis 2050 um 90 bis 95 Prozent reduziert werden – das sagt auch die Bundesregierung. Ähnliches gilt für die Stoffumsätze, und die Landnutzungsmuster müssen zur Rettung der biologischen Vielfalt völlig neu strukturiert werden. Soll dabei das Bruttoinlandsprodukt nicht sinken, so muss binnen 40 Jahren die Ressourcenproduktivität um einen Faktor 10 bis 20 steigen. Wenn das ohne eine Verschlankung der Wirtschaft gelingen sollte, Chapeau! Wenn aber nicht, dann ist jetzt die Zeit, sich auf den Ernstfall vorzubereiten: Ist es soweit, ist es zu spät.

Die Wachstumswirtschaft bewegt sich auf einem Kurs zwischen Skylla und Charybdis und die Steuerleute verlassen sich auf eine Karte, nach der nicht sein kann, was nicht sein darf. Vermessen Sie den neuen Kontinent „zukunftsfähige Postwachstumsgesellschaft“, zeichnen Sie die Landkarten neu, an denen sich Politik ausrichten kann.



Mit freundlichen Grüßen

Joachim Spangenberg

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 9-2011 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion:
Georg Stoll (Misereor), AG Wirtschaftswachstum und Entwicklung (Misereor),
Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Silke Jarick, Angelika Fritsch

Verantwortlich i.S.d.P.:
Michael Kleine (Misereor)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org

Bestellungen bei:
epol@misereor.de

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI



DZI-Spenden-Siegel
Gepüffelt-Emphykben



Mut ist, zu kämpfen.
Auch wenn der Gegner übermächtig ist.

Wir unterstützen mutige Kleinfischer in ihrem Kampf gegen die Armut.
Ihre Spende hilft! www.misereor.de

MISEREOR
● MUT ZU TATEN